:antifaschistische nachrichten Nr. 18

g 3336 10.9.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Dortmund hat sich quergestellt

Am Samstag, 5 September, hat sich die Dortmunder Bevölkerung in zahlreichen Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen gegen einen Aufmarsch von Neonazis gewendet. Zum ersten Mal in den vergangenen Jahren konnte sich der Polizeipräsident – vor dem Hintergrund eines gewalttätigen Angriffs von Neonazis am 1. Mai dieses Jahres auf eine DGB-Kundgebung – zu einem Verbot durchringen. Das Bundesverfassungsgericht hatte am Freitag das polizeiliche Verbot des neofaschistischen Aufmarsches in Teilen aufgehoben. Der Polizeipräsident ließ daraufhin die Kundgebung zu, untersagte aber weiterhin eine Demonstration. Auf einem Park&Ride-Parkplatz in der Nähe des Hafens beschallten sich ca. 500 Nazis mit ihren Reden, bevor sie gegen 16:00 Uhr von der Polizei wieder zum Bahnhof gebracht wurden.

Auch die Gegendemonstrationen der beiden Bündnisse „S5“ und „Dortmund stellt sich quer“ waren nur unter Auflagen zugelassen worden, die ein Aufeinandertreffen mit den Nazis um jeden Preis verhindern sollten. „Dortmund stellt sich quer“ hatte eine Demonstration vom Hauptbahnhof nach Dortmund-Dorstfeld angemeldet. Im Bündnis beteiligt waren unter anderem DIE LINKE; die DKP, VVN-BdA, DFG-VK, DIDF, YEK-KOM und viele lokale Antifagruppen aus NRW.

In Dorstfeld lebt ein großer Teil der lokalen Kameradschafts-Szene, mehrere „nationale Wohngemeinschaften“ und Läden dienen als Anlaufpunkte für ortsfremde Neonazis. Die Polizei verbot jedoch die antifaschistische Demonstration dorthin wegen befürchteter Ausschreitungen. Als offizielle Begründung diente jedoch vor allem, dass bereits eine Vielzahl von Veranstaltungen in Dortmund-Dorstfeld angemeldet war, unter anderem ein „Bürgerfest“ auf dem zentralen Wilhelmplatz. Angeblich war kein Platz mehr für weitere Antifa-Demos.



Dass an diesem Tag in Dortmund einiges lief, war allerdings ausschlaggebend dafür, dass die Nazis still stehen mussten. Die Vielzahl antifaschistischer Kundgebungen und Feste machte die Stadt für die Nazis praktisch dicht. Es liegt auf der Hand, dass die Polizei angesichts dieses Umstandes entschied, die Nazis nicht durch die Stadt marschieren zu lassen, sondern sie auf eine Kundgebung auf dem S-Bahn-Parkplatz zu beschränken. Die Frage, wessen Stadt Dortmund ist, wurde damit klar beantwortet: Nicht die Stadt der Nazis, sondern der AntifaschistInnen und DemokratInnen.

Die zentrale Veranstaltung von antifaschistischer Seite war am Samstag die Kundgebung des Bündnis „Dortmund stellt sich quer“, an der sich mehrere Tausend DemonstrantInnen beteiligten. Während der Kundgebung schleuste die Polizei einen Großteil der per Bahn angereisten Neonazis durch den Bahnhof zur U-Bahn. Die wurden trotz der Abriegelung des Bahnhofs durch die Polizei mit „Nazis raus!“-Rufen empfangen, die wegen der niedrigen Decken im Bahnhof um so lauter schallten. Nachdem klar war, dass die Nazis nun auf dem ihnen zugewiesenen S-Bahnparkplatz angekommen waren, wurde die Kundgebung des Bündnisses „Dortmund stellt sich quer“ durch die Veranstaltungsleitung aufgelöst. Zunächst in einer großen Gruppe, später dann in kleineren Grüppchen versuchten die antifaschistischen DemonstrantInnen durch die Stadt zum Hafen zu gelangen und dort lautstark gegen die Naziversammlung zu demonstrieren. Ähnlich ging das „S5“-Bündnis vor.

Bei dem Versuch, die zwei Kilometer vom Bahnhof zum Hafen zurückzulegen, kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die immerhin 4.000 Einsatzkräfte in Dortmund zusammengezogen hatte. Über Stunden hinweg wurden immer wieder antifaschistische Gruppen in Polizeikessel gesperrt. Nach offiziellen Angaben wurden rund 300 DemonstrantInnen in Gewahrsam genommen, die meisten kamen von der Demonstration des „S5“-Bündnisses. Außerdem wurden mehrere AntifaschistInnen durch Schlagstöcke und Pfefferspray verletzt. Auf Seiten der Neonazis kam es nur zu zwölf Gewahrsamnahmen. Die neofaschistische Kundgebung war allerdings hermetisch abgeriegelt, für GegendemonstrantInnen gab es nicht einmal die Möglichkeit, in Hörweite zu gelangen.

Zu unmittelbaren Auseinandersetzungen kam es am Hauptbahnhof. Nachdem die Neonazis überraschend früh ihre Kundgebung aufgelöst hatten, kam es trotz aller Maßnahmen der Polizei zu einem Aufeinandertreffen von AntifaschistInnen und Rechten – die Polizei sah sich veranlasst, Wasserwerfer und Räumfahrzeuge einzusetzen. Der Tag endete mit einem „Friedensfest“ auf dem Friedensplatz, bei dem sich 5.000 Menschen von Bob Geldof beschallen ließen.

Ulla Jelpke ■



Kundgebung der Neonazis

Inhalt:

Ein Schritt vor, ein Schritt zurück– Die sächsische NPD nach der Landtagswahl 3
Thüringer NPD verpasst den Landtagseinzug 6

„Recht und Wahrheit" übernommen

HERZEBROCK-CLARHOLZ. Mit der Juli-August-Nummer liegt die erste Ausgabe der unter neuer Herausgeberschaft stehenden neofaschistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit" vor.

Meinolf Schönborn (Herzebrock-Clarholz), ehemals Vorsitzender der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front"(NF), der 1995 wegen Fortführung der verbotenen Gruppierung zu einer Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt wurde, hat die Herausgabe übernommen. Gedruckt wird das – nach Eigenangaben – „aufrichtige Zweimonatsmagazin" mit „Politik und Zeitgeschichte aus deutscher Sicht", das die „Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches im Rahmen seiner völkerrechtlich gültigen Grenzen wiederhergestellt wissen" will, von Rüdiger Kahsners „RK-Druck und Vertrieb"in Hagen. Abgedruckt werden in der neuen „Recht und Wahrheit" u.a. Texte von Mathias Schwier, dem NPD-Bundesfunktionär Jürgen Rieger und Hans Meiser, Buchautor des extrem rechten „Grabert"-Verlags. Beworben wird auch eine gemeinsame „Herbsttagung" vom 2. bis 4. Oktober dieses Jahres, die von „Recht und Wahrheit", der Aktion „Deutschland uns Deutschen" und „von einigen freien Kameradschaften aus Thüringen, Ostwestfalen-Lippe, Bochum, Bayern und Norddeutsch-land" unterstützt wird. Stattfinden soll die Tagung, deren Einladung Schönborn und Heinz-Franz Schulte unterzeichnet haben, in einer „Hotelanlage" im „Großraum Erfurt"Inhaltlich soll es bei dieser Tagung um „Fälschungen"in der Geschichte gehen. Dabei bedient man sich u.a. der kruden Thesen von Wilhelm Kammeier, der während des NS-Regimes publizistisch tätig war. *hma* ■

Kongress des „Forum Deutscher Katholiken"

ASCHAFFENBURG. Der Kongress „Freude am Glauben. Mit einer starken Kirche die Gesellschaft erneuern" findet in diesem Jahr vom 11. bis 13. September in der Stadthalle am Aschaffenburger Schloss statt. Veranstalter ist das „Forum Deutscher Katholiken", das „papst- und kirchentreue Katholiken unterschiedlicher Spiritualität und geistlicher Ausrichtung in katholischer Weite"zusammenführen will. Dem Kuratorium des Forums gehören Bischöfe und Kardinäle, führende „Paneuropäer", Akteure von „Vertriebenen"-Verbänden, „Junge Freiheit"-Kolumnisten, sog. „Lebensschützer" und Akteure vom rechten Rand der Union an.

Das diesjährige Programm für Kinder- und Jugendliche gestalten während des Kongresses die „Katholischen Pfadfinderschaft Europas" (KPE) und die „Legionäre Christi". An einem Podiumsgespräch wollen auch der Landesvorsitzende der „Christdemokraten für das Leben" (CDL) in Bayern, Manfred Libner, und der Generalsekretär der „Deutschen Evangelischen Allianz", Hartmut Steeb, teilnehmen. Schirmherrin der Veranstaltung ist Johanna Gräfin von Westphalen, die viele Jahre Bundesvorsitzende der CDL war. *hma* ■

Urteil gegen „Republikaner"bestätigt

PIRMASENS. Das Landgericht Zweibrücken hat das Urteil des Pirmasenser Amtsgerichtes bestätigt, das den Fraktionsvorsitzenden der sog. „Republikaner" im Rat der Stadt Pirmasens, Andreas Burkhardt, wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 3600 Euro verurteilt hatte. Der Verurteilte hatte vor zwei Jahren in einer Anfrage – es ging um ein Ehepaar aus dem Kosovo – „Personen, die er nicht kennt, mit Parasiten gleichgestellt, als minderwertig bezeichnet und damit das gesellschaftliche Klima vergiftet", so der Vorsitzende Richter.

Burkhardts Rechtsbeistand, der Düsseldorfer Anwalt Björn Clemens, kündigte an, gegen das Urteil Revision einlegen zu wollen. Clemens, ehemals Bundesfunktionär der „Republikaner", verließ die Partei im Jahr 2007. *hma* ■

Gemeinsame Mahnwache

BERLIN. Die sog. „Bürgerbewegung Pax Europa e.V." (BPE), die unlängst im NRW-Kommunalwahlkampf Plakatflächen in Köln für ihre „Islam-Aufklärung" angemietet hatte, hat Mitte August eine gemeinsame Mahnwache mit der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM) in Berlin durchgeführt. Mit großen Holzkreuzen und Transparenten versammelten sich – nach Eigenangaben – etwa 120 Menschen vor der Iranischen Botschaft in Berlin und forderten „Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht".

Vom Erzbistum Berlin, das durch ihren Islambeauftragten, Pater Alois Schmid, vertreten war, gab es ein Grußwort des Kardinals Sterzinsky. Auch ein Grußwort des Menschenrechts-Beauftragten der Bundesregierung, Günter Nooke (CDU), wurde verlesen. CDU-Politiker Rene Stadtkewitz, Mitglied des BPE-Bundesvorstands und 2006 Interviewpartner der „Jungen Freiheit", sprach von der „Diktatur des Islams". Für die IGFM sprach Wilfried Puhl-Schmidt, ebenfalls Mitglied des BPE-Vorstandes. *hma* ■

NPD im Bochumer Stadtrat

BOCHUM. Die NPD ist am Sonntag den 30.8.2009 mit 0,98 % und einem Sitz in den Bochumer Stadtrat eingezogen. Möglich wurde dies durch die zahlreichen Überhangmandate, die durch das schlechte Wahlergebnis der SPD verursacht wurden.

Im Rat vertreten werden die Nazis durch ihren Kreis- und Landesvorsitzenden Claus Cremer, der 2005 zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt wurde. Grund war eine volksverhetzende Rede auf der Demonstration gegen den Synagogenbau in Bochum 2004. Seitdem plagt Claus Cremer eine leichte Bochumphobie.

Auch bei der aktuellen Pressemitteilung zu seinem Einzug in den Stadtrat lässt er sich über die zahlreichen Zerstörungen der NPD-Propaganda im Bochumer Stadtbild und die Störungen der NPD-Stände in der Innenstadt aus. Die Antifas in Bochum sind schon echt ne Plage für die „nationale Opposition"!

Den Einzug in die Bezirksvertretung Wattenscheid schaffte Cremer nicht mehr. Nun wird der Bochumer Stadtrat beweisen müssen, ob er mit dem rechten Provokateur und Volksverhetzer angemessener umgehen kann als die Wattenscheider Bezirksvertretung. Diese hatte versucht das Problem auszusitzen.

Quelle: indymedia ■

Bundeswehrverband wirft NPD-Chef Voigt raus

BERLIN. Der Bundeswehrverband hat beschlossen, den Bundesvorsitzenden der rechtsextremen NPD, Udo Voigt, auszuschließen. Ein Urteil gegen Voigt wegen Volksverhetzung vom April dient als Handhabe. Wie der Justitiar der Soldatengewerkschaft, Christian Sieh, der Frankfurter Rundschau sagte, hat der Hauptmann der Reserve nach dem Vorstandsbeschluss aber noch einmal Gelegenheit, sich zu äußern, bevor der Ausschluss rechtskräftig wird. Der Verband wolle zudem seine Satzung ändern. Bisher sind „gegen den demokratischen Rechtsstaat" gerichtete Bestrebungen unvereinbar mit einer Mitgliedschaft. Da die NPD nicht verboten ist, sah der Verband dies den Angaben zufolge als unzureichend für einen Ausschluss Voigts. In Zukunft solle hinausgeworfen werden können, wer in einer verfassungsfeindlichen Organisation aktiv ist. Der Verfassungsschutzexperte der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Tom Schreiber, forderte, nicht nur der Bundeswehrverband mit seinen rund 200 000 Mitgliedern solle ein klares Signal gegen Rechtsextremismus setzen, sondern nun sei auch Verteidigungsminister Jung (CDU) gefordert, dafür zu sorgen, dass Voigt auch der Reservistenstatus aberkannt wird.

Quelle: NPD-Blog Info ■

Ein Schritt vor, ein Schritt zurück

Die sächsische NPD nach der Landtagswahl

Warum jubelt eigentlich niemand? Schließlich hat die NPD bei der Landtagswahl in Sachsen am 30. August fast die Hälfte ihrer Stimmen verloren. Statt 9.2 machten jetzt nur noch 5,6 Prozent jener, die überhaupt noch wählen gegangen waren, ihr Kreuz bei der Neonazi-Partei. Immerhin ist sie damit jetzt die schwächste der sechs im Landtag vertretenen Parteien.

Es jubelt niemand, weil der Stimmenrückgang natürlich einen höchst schalen Beigeschmack hat. Erstmals in ihrer Geschichte ist es der NPD gelungen, erneut in einen Landtag einzuziehen.

Mehr als 250.000 Euro hatte die NPD in das Projekt gesteckt. Gut angelegtes Geld, wenn man den Propagandaeffekt betrachtet. Gut angelegtes Geld auch dann, wenn man sieht, dass auch in den nächsten fünf Jahren jährlich hunderttausende Euro für die Fraktionsarbeit zur Verfügung stehen werden, dass – neben den Abgeordneten – rund zwei Dutzend Jobs für Parteifunktionäre damit gesichert sind, dass ab 2010 zusätzlich Mittel für die parteinahe Stiftung der NPD zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die NPD stellte nüchtern fest, dass nach der Wahl genauso viele Abgeordnete der Partei im Landtag sitzen werden wie zuvor. Das stimmt und es stimmt auch nicht. Die NPD hatte die Legislatur mit acht Mandatsträgern beendet. Genauso viele sind es erneut. Aber zwischenzeitlich waren eben drei ihrer Abgeordneten mit Unterstützung des Verfassungsschutzes ausgetreten, Klaus Menzel war ausgeschlossen worden. Alle vier galten jedoch nicht gerade als Leistungsträger der Fraktion.

Nicht erneut den Sprung in den Landtag geschafft haben die bisherigen Abgeordneten René Despang (Dresden) und Peter Klose (Zwickau), die erst im Verlauf der letzten Wahlperiode nachgerückt waren. Sie hatten bestenfalls einen zahlenmäßigen Ausgleich dargestellt.

Neu im Parlament sind zwei bisherige Mitarbeiter der Fraktion, der aus Berlin stammende Andreas Storr und Arne Schimmer, ein diplomierter Volkswirt. Es wird also in der neuen Fraktion niemanden geben, der sich erst einarbeiten muss. Alle sind mit dem parlamentarischen Procedere vertraut. Intellektuell dürften die beiden neuen in der Fraktion jedoch eindeutig eine erhebliche Verstärkung bedeuten. So hat es der langjährige Parteikader Storr geschafft, aus der organisatorisch am Boden liegenden Oberlausitz einen Schwerpunkt der Partei zu formen. Das hat sich auch bei der Wahl niedergeschlagen. Die fünf Wahlkreise seines Landkreises Görlitz rangieren alle unter den besten 20 der NPD. In einigen davon hat sie sogar besser abgeschnitten als die SPD.

Dass die NPD diesmal nur in fünf Wahlkreisen vor der SPD rangiert, ist nicht auf die gewachsene Stärke der sächsischen SPD zurückzuführen, sondern wesentlich auf den Umstand, dass es der NPD diesmal wesentlich weniger als vor fünf Jahren gelungen ist Proteststimmen für sich zu gewinnen. Fast die Hälfte ihrer Verluste ging in das Lager der Nichtwähler. 11.000 Stimmen wanderten zurück zur CDU. Rund 15.000 Menschen wechselten von der NPD zur FDP, die mit einem ausgesprochen populistischen Wahlkampf Unzufriedene auf sich zog. Nur vier Prozent der Kurzentschlossenen, somit ein sehr geringer Wert, entschieden sich für die NPD. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass die NPD inzwischen auf eine Stammwählerschaft zurückgreifen kann, die über fünf Prozent liegt. Viele der 115 lokalen Hochburgen der NPD, also Orte mit mehr als 150% des Durchschnittswertes der Partei, sind Kommunen, in denen die NPD bei den Kommunalwahlen im Juni Mandate in den Stadt- und Gemeinderäten erringen konnten.

Die höchsten Ergebnisse verbuchte die NPD mit 19,4 % Zweit- und 21,5 Erststimmen in Reinhardtsdorf-Schönau, wobei das Zweitstimmenergebnis mit 145 Stimen deutlich unter dem Ergebnis von 2004 (233) lag. Es folgt die Sächsische Schweiz mit 11,8 % der Direkt- und 10,1 % der Listenstimmen.

Zwar stimmten 15 Prozent der Erstwähler für die NPD, doch relativiert sich dieser sehr hohe Wert, wenn man in Rechnung stellt, dass die Wahlbeteiligung in jener Altersgruppe besonders niedrig liegt. Mittelfristig jedoch könnte sich auch das als echtes Problem erweisen, da die Wechselbereitschaft im Vergleich zu früheren Wahlen deutlich nachgelassen hat. Überdurchschnittliche Werte konnte die NPD bei Arbeitslosen (13 %) und Arbeitern (10 %) erzielen. Das war bei früheren Wahlen ähnlich. Ebenfalls bestätigt hat sich, dass die NPD wesentlich eine Männerpartei ist. Nur vier Prozent der Frauen stimmten für sie, dagegen acht Prozent der Männer.

Was für innerparteiliche Auswirkungen hat der Wahlsonntag vom 30. August?

Der Wiedereinzug in Sachsen und das gleichzeitige Scheitern in Thüringen dürfte eine Fortsetzung des Konfliktes zwischen dem Parteivorsitzenden Udo Voigt mit seinem „deutschen Weg" und seinem Kontrahenten Holger Apfel mit dem „sächsischen Weg" garantieren. Die Niederlage des Apfel-Anhängers Frank Franz im Saarland war erwartet worden und dürfte nichts an dieser Konstellation ändern. Udo Pastörs hatte seine Verbundenheit unter Beweis gestellt, indem er an zahlreichen öffentlichen Wahlveranstaltungen teilnahm. Auch solche öffentlichen Auftritte der NPD waren eine Neuheit im Wahlkampf. Die Neonazis verstecken sich zumindest vor Wahlen nicht mehr. Die Selbstsicherheit wird nach dem neuerlichen Einzug in den Landtag weiter wachsen. *Volkmar Wölk* ■



VVN-BdA Köln/Bonn erhält Unterstützung durch die LINKE

BONN. Wie auch in anderen Städten stellte die Bonner LINKE im Zuge des Kommunalwahlkampfes der VVN-BdA einen Teil ihrer Plakatflächen großzügig zur Verfügung. Somit konnten auch in Bonn Plakate zu der Kampagne „Keine Nazis in die Parlamente" geklebt werden. ***mib, Foto MP***

Thüringer NPD verpasst Landtagseinzug knapp

Mit einem Zweitstimmenergebnis von 4,3 Prozent verpassten die Thüringer Faschisten den Einzug in das Landesparlament um nur 0,7 Prozent. Wer den Wahlkampf der NPD verfolgt hat, den wird das verwundern, denn die Partei lieferte in Thüringen eine kostenintensive Materialschlacht wie nie zuvor. Nun gesteht sie sich sogar ihre Niederlage ein.

Materialschlacht und offener Rassismus

Es schien, als setzte die Thüringer NPD alles auf eine Karte. Nach den eher mäßigen Erfolgen bei den Kommunalwahlen musste ein Erfolg bei der Landtagswahl her und der konnte nur Einzug in den Landtag heißen. Sowohl die Thüringer, als auch die Bundesführung der NPD brauchten diesen Erfolg, denn hier wie dort steigt der parteiinterne Druck auf die Vorsitzenden.

So startete die Thüringer NPD einen Wahlkampf, der oftmals mindestens ebenso intensiv war, wie der der schon im Landtag vertretenen Parteien. In den Landkreisen, in denen es starke NPD-Kreisverbände gibt, wie in Gotha oder dem Wartburgkreis, waren ganze Straßenzüge von NPD-Plakaten in Massen verunstaltet. Die NPD verteilte riesige Mengen von Zeitungen und Flugblättern in nahezu jedem Kaff und reiste mit mehreren ausgemusterten THW-Fahrzeugen durch ganz Thüringen, um sich und ihre Kandidaten zu präsentieren. Die Zahl der Infostände ist unzählbar. Meist hielt der NPD-Tross gezielt vor Arbeitsämtern, Berufs- oder Realschulen, um das dortige Protestpotenzial für die NPD einzufangen. Jugendliche köderte sie mit einer eigens dafür produzierten Schulhof-CD.

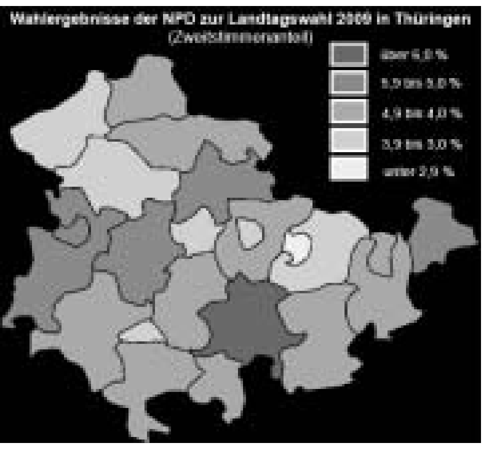
Um in die Medien zu kommen, war der NPD keine rassistische Hetze zu krass. Frei nach dem Motto „Nennt uns Schläger, nennt uns Mörder, aber nennt uns" ging sie in die Auseinandersetzung mit dem Afrodeutschen Zeca Schall, einem Wahlkampfhelfer der CDU, den jene Partei auf einem Plakat instrumentalisierte, um sich weltoffen zu geben. Nebenbei trieb sie auch einige rassistische Wähler/innen der CDU in die Hände der NPD. Jene forderte die Abschiebung Zeca Schalls und meldete sogar eine Kundgebung vor dem Wohnhaus Schalls in Hildburghausen an. Dort sprach auch der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der sich an zahlreichen Wahlkampfauftritten seiner Thüringer Kameraden beteiligte. Zeca Schall bekam daraufhin Personenschutz. Das Medienecho war daraufhin riesig. Die NPD – und nichts anderes hatte sie gewollt – war in allen bundesweiten Medien präsent.

Trotzdem ging das Konzept der NPD nicht in der Weise auf, wie es sich die Faschisten erhofft hatten.

Wahlergebnisse und das wirkliche Potenzial

45.401 Thüringer/innen und damit 4,3 Prozent der Wählenden gaben ihre Zweitstimme der NPD. 47.518 Personen und somit 4,5 Prozent betrug der Erststimmenanteil für die Faschisten. Das sind etwa 3 mal so viele NPD-Wähler/innen, wie noch 2004. Somit scheiterte sowohl die Landesliste an der 5-Prozent-Hürde, als auch die 44 Direktkandidaten, von denen keiner die relative Mehrheit in einem Wahlkreis gewann. In zahlreichen Gemeinden erreichte die NPD aber zweistellige Ergebnisse.

24,4 Prozent der Thüringer/innen haben, laut einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, ein geschlossen ausländerfeindliches Weltbild. Trotzdem gelang es der NPD nicht, diese Rassisten zum Wählen ihrer Partei zu animieren. Auch der Antritt der rechtskonservativen Republikaner hat zur Niederlage der NPD beigetragen. Sie erhielt 0,4 Prozent des Zweitstimmenanteils und hielt damit immerhin 4587 Wähler/innen davon ab, die NPD zu wählen. Auch der Antritt anderer rechtskonservativer Kräfte könnte der NPD Stimmen gekostet haben. So ist es beispielsweise kein Geheimnis, dass die Wählervereinigung „Pro Arnstadt", die für die Freien Wähler im nördlichen Ilm-Kreis an den Start ging, um dasselbe Klientel wirbt, wie die NPD, aber mit deutlich mehr Erfolg.



Die Zersplitterung des rechten Lagers kostete die NPD möglicherweise den Einzug in den Landtag.

Wie weiter mit der NPD?

Der Wahlkampf 2009, der ja erst mit den noch ausstehenden Bundestagswahlen am 27. September endet, wird tiefe Löcher in den Kassen der Thüringer NPD hinterlassen. Teile davon wird der Staat wieder auffüllen. Überschlagsweise mehr als 50.000 Euro bekommt die Thüringer NPD als Wahlkampfkostenrückerstattung aus den staatlichen Geldern der Parteienfinanzierung zurückgezahlt. Ob das die üppigen Ausgaben decken wird, ist fraglich.

Interessant wird auch die nun folgende Entwicklung. Nach der Enttäuschung über den Nicht-Einzug könnte die interne Kritik an der etablierten Führung der Thüringer NPD, um Patrick Wieschke und Frank Schwerdt, wieder lauter werden und bereits vorhandene Spaltungstendenzen könnten sich fortsetzen. Die Konkurrenz im faschistischen Lager hat sich mittlerweile verstärkt. So haben sich sowohl in Erfurt, als auch in Hildburghausen wieder erste DVU-Verbände gebildet. Jene rekrutieren sich aus dem Umfeld von Kai-Uwe Trinkaus (Erfurt) und Tommy Frenck (Hildburghausen), die im Laufe der Machtkämpfe der vergangenen Jahre der NPD den Rücken kehrten. Nach dem Bruch des Deutschlandpaktes zwischen NPD und DVU vor wenigen Wochen könnte eine verstärkte Konkurrenz am Ende wieder beide Parteien schwächen.

Die Thüringer NPD übt sich in ihrer ersten Meldung nach der Wahl mittlerweile in Demut. Erstmals seit vielen Jahren, in denen die NPD noch jede Niederlage als Erfolg verkaufte, äußert man sich selbstkritisch über das Abschneiden der Partei. Möglicherweise auch im Hinblick auf zunehmende parteiinterne Kritik, ließ die Partei jetzt von der Großspurigkeit ab, mit der man noch zwei Tage zuvor verkündete, der Einzug in den Landtag sei in trockenen Tüchern.

Widerstand

Nicht vergessen werden darf der Widerstand von Thüringer Antifaschist_innen gegen zahlreichen Auftritte der NPD in unzähligen Städten und Dörfern. Vielerorts gelang es, Proteste gegen die Faschisten zu organisieren und so zu einer Demaskierung der sich bürgerlich gebenden Neonazis beizutragen. So zum Beispiel in Suhl oder Meiningen, wo Antifaschist/innen gegen Wahlkampfauftritte der NPD vorgingen. Massenhaft verschwanden vielerorts NPD-Plakate wieder aus dem Straßenbild. Südthüringer Initiativen klärten in mehreren Infoveranstaltungen über das Vorhaben der NPD auf und verteilten dafür erstellte Broschüren, in denen Texte über die Thüringer NPD, ihre Programmatik, sowie über Demokratie- und Gesellschaftskritisch publiziert wurden. Am Wahlabend feierten Antifaschist_innen ausgelassen den Nichteinzug der Thüringer Faschisten in den Landtag.

Antifaschistische Gruppe Südthüringen [AGST], www.aagst.de ■

Detaillierte Ergebnisse zur Wahl: http://wahlen.thueringen.de/WahlSeite.asp

Kommunalwahl in Köln:

pro Köln erneut mit Fraktion im Rat

KÖLN. Am Abend des 30. August gab es großes Entsetzen in Köln: Die extrem rechte Bürgerbewegung pro Köln hatte es nicht nur geschafft, erneut in den Rat der Stadt Köln und in alle Bezirksvertretungen einzuziehen. Sie konnte ihr Ergebnis der Kommunalwahl 2004 um 0,7 Prozentpunkte sogar noch verbessern und gelangte insgesamt auf 5,4 Prozent aller Stimmen.

Soziologie-Professor Jürgen Friedrichs von der Uni Köln fand in seinem Statement in der „Kölnischen Rundschau“ vom 31.8. keine Erklärung dafür und vermutete Fehler bei der Stimmauszählung. Jenseits solcher hilflosen Gesten hatten Experten schon lange davor gewarnt, dass sich die extreme Rechte auch im „toleranten und weltoffenen Köln“ etablieren könnte.

Die Analyse, dass viele Menschen nicht gewusst hätten, wen sie da wählen – pro Köln klinge schließlich so, als würde die Partei für Köln eintreten – war schon immer von Wunschdenken bestimmt und muss spätestens jetzt ad acta gelegt werden.

Nach den erfolgreichen Protesten gegen die sogenannten Anti-Islamisierungskongresse von pro Köln und pro NRW, die zum Stadtgespräch wurden, sowie den vielen zahlreichen Aufklärungsveranstaltungen und Kampagnen musste den meisten klar geworden sein, dass die pro-Bewegung zum Lager der Rechten zu zählen ist. So muss man davon ausgehen, dass annähernd 20.000 Kölner und Kölnerinnen ganz bewusst ihr Kreuz bei den Rassisten gemacht haben um so ihrem Unmut gegenüber der Einwanderungsgesellschaft Ausdruck zu verleihen.

Obwohl eine fundierte Analyse noch aussteht, lassen sich daraus mehrere Thesen ableiten:

1. Zieht man diverse Studien in Betracht, die rassistische Einstellungen bei rund einem Fünftel der deutschen Bevölkerung aufzeigen, so wird deutlich, dass es ein hohes Potential für rechtspopulistische Parteien gibt. Trotz personeller Schwächen, interner Querelen und Austritten noch kurz vor der Wahl, gelang es pro Köln dieses abzuschöpfen.

2. Der pro-Bewegung war es gelungen, mit dem Angst-Thema „Islam“ zu punkten. Dabei orientiert sie sich an den Kampagnen europäischer Rechtsaußen-Parteien, die darin ein Erfolgsrezept für ihre Propaganda sehen. Muslime werden dabei unter Fundamentalismusverdacht gestellt und als potentielle Bedrohung dargestellt. In Köln entzündete sich die Debatte an dem Bau der Moschee in Ehrenfeld. Da in Köln auch die CDU sich zunächst dafür ausgesprochen hatte, gelang es pro Köln, sich als die „einzige Partei gegen die Moschee“ in Position zu bringen. Dass die CDU dann umschwenkte und sich bei der Entscheidung enthielt, spielte dabei keine Rolle, zumal CDU-Oberbürgermeister Schramma sich klar für die Moschee aussprach.

Im Bezirk Ehrenfeld konnten die Rechten insgesamt zulegen, allerdings nicht signifikant im Gebiet um das Baugelände der zukünftigen Moschee herum. Nicht die „direkt Betroffenen“ wählen also rechts, sondern diejenigen, bei denen Ängste vor Muslimen allgemein wirkungsmächtig werden.

3. Pro Köln hat allgemein in den Stadtvierteln hohe Wahlergebnisse erzielt, die als „sozial schwach“ gelten (Chorweiler, Buchforst, Humboldt-Gremberg etc.) – die hohen Ergebnisse im Villenviertel Hahnwald gehen auf einen Fehler bei der Auszählung zurück. Es steht zu vermuten, dass Ängste vor einem sozialen Abstieg auf Migranten projiziert werden bzw. als Erklärung für das gesellschaftliche Aus herangezogen werden. Soziale Fragen gilt es hier stärker zu thematisieren um der extremen Rechten das Wasser abzugraben. Darüber hinaus muss eine konkrete sozialpolitische Praxis (inkl. Quartiersmanagement, sozialer Wohnungsbau etc.) verstärkt werden.

4. Dabei ist nicht allein der sozio-ökonomische Hintergrund entscheiden. Pro Köln ist ebenfalls dort stark, wo viele Menschen mit Zuwanderungshintergrund leben. So könnte Pro Köln auch von denen gewählt worden sein, die vermeintliche oder tatsächliche negative Erlebnisse mit Migranten verallgemeinern. Bei der Entwicklung von Gegenstrategien dürfen die Probleme in integrationspolitischen Feldern nicht verschwiegen werden. Gleichermaßen muss man rassistischen Pauschalisierungen („die Ausländer sind krimineller“) deutlich entgegentreten und für eine inklusive Gesellschaft mit gleichen Rechten für alle werben.

5. Pro Köln ist dort nicht gewählt worden, wo die Bevölkerung einen tendenziell höheren Bildungshintergrund hat. Das bedeutet, dass es neue Aufklärungsformate - jenseits von Artikel, Flugblätter und Infoständen – zu entwickeln, um bildungsferne Menschen besser zu erreichen. Dabei muss noch stärker auf Problemlagen eingegangen werden. Allein darauf zu verweisen, dass es sich bei pro Köln um „Nazis“ handeln würde – diese Strategie ist mit der Kommunalwahl 2009 endgültig gescheitert. *klw* ■

„Historischer Wahlsieg“?

Als „historischen Wahlsieg“ feiern Pro Köln und Pro NRW den Ausgang der Kommunalwahlen in NRW. Tatsächlich beschränkt sich dieser „Sieg“ auf wenige Städte und Kreise im Rheinland, Gelsenkirchen im Ruhrgebiet und Lemgo in Westfalen. Wo es den Rechtspopulisten allerdings gelang, Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen, da wurden sie auch gewählt, aber der Durchbruch auf NRW-Ebene war das eben noch nicht. Pro Köln hat mit 5,4 % 5 Abgeordnete im Kölner Rat, das sind genau so viele wie beim letzten Mal, wo bereits kurz nach der Wahl der „Republikaner“ sich der Pro-Köln-Fraktion anschloss. Fraktionsstärke hat Pro NRW erreicht in Bergheim (6 % = 3 Sitze), Radevormwald (5,1 % = 2 Sitze), Dormagen (4,5 % = 2 Sitze), Gelsenkirchen (4,3 % = 3 Sitze) und Leverkusen (4,0 % = 3 Sitze). Jeweils 1 Mandat holten sie in Bonn, Leichlingen und Lemgo sowie in den Kreistagen Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis und Rheinkreis Neuss.

Kein Zweifel, die Pro Bewegung konnte sich regional festsetzen und erhofft sich jetzt davon weiteren Aufwind. Vorsitzender Beisicht trommelt schon:

„Wir bieten ausdrücklich allen gutwilligen Patrioten und Islamkritikern die Mitarbeit an. Es ist wahrlich an der Zeit, dass einzig zukunftsfähige rechtsdemokratische Projekt zu stärken und zu unterstützen.“ Man wolle einen „schlagkräftigen und effizienten Landtagswahlkampf“ in NRW organisieren und „zum Entsetzen von Rüttgers & Co.“ im Mai in den Landtag einziehen. Nur eine „bürgerliche, rechtsdemokratische, seriöse Plattform mit einem offensiven Auftreten und in strikter Abgrenzung zum neonazistischen NPD-Narrensaum“ könne nennenswerte Wahlerfolge erzielen.

Da wo man nicht in Konkurrenz zu pro NRW kandidierte, konnte dieser „Narrensaum“ bei der Kommunalwahl ebenfalls Mandate holen, die NPD mehr als die DVU oder die „Republikaner“. Die NPD zieht in die Kreistage von Siegen-Wittgenstein, Märkischer Kreis, Kreis Düren, Kreis Heinsberg, Kreis Viersen, Rhein-Sieg-Kreis, Ennepe-Ruhr Kreis und in die Stadträte von Bochum, Dortmund, Essen, Mönchengladbach, Siegen, Wuppertal, Düren, Iserlohn, Lüdenscheid, Erkelenz, Hückelhoven, Stolberg, Ennepetal, Gevelsberg, Viersen, Wetter und Witten ein. Die DVU hält nur noch einen einzigen Sitz im Stadtrat von Dortmund. Die REP sind in Essen, Wuppertal, Hamm und Hagen jeweils mit einem Sitz im Stadtrat, nur in Herne schafften sie 3,4 % und 2 Sitze. Landesweit gesehen blieben die Ergebnisse der Rechtsaußen-Parteien deutlich unter 5 Prozent. *u.b.* ■

AIDA-Archiv warnt:

Neue Schulhof-CD der NPD

26.8.2009. Auf den ersten Blick wirkt der Titel auf dem Cover noch relativ harmlos: „BRD vs. Deutschland“, so heißt die neueste „Schulhof-CD“ der NPD, die seit einigen Wochen vor allem im Landtagswahlkampf der neonazistischen Partei in Thüringen und Sachsen und nun auch von bayerischen NPD-Wahlkämpfern eingesetzt wird.

Das Booklet ist da schon eindeutiger „Das System vs. Volksgemeinschaft“. Für aktuelle wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Probleme lautet die einfache Lösung der NPD „Deutsche Volksgemeinschaft“. Diese wird propagiert als einzige Alternative gegen „Meinungsdiktatur“ und „Fremdbestimmung“, während der Kampf gegen eine angebliche Verdrängung durch Migranten als „Überlebensrecht“ bezeichnet wird.

Die CD enthält insgesamt neun Rechtsrockstücke und -Balladen. Aus Baden-Württemberg präsentieren sich Gruppen wie „Noie Werte“ aus der Nähe von Stuttgart, „Division Staufen“ aus Göppingen, sowie „Act of Violence“ aus dem bayerischschwäbischen Babenhausen. Daneben sind auf der CD auch „Division Germania“ aus Mönchengladbach, „Hassgesang“ aus Eisenhüttenstadt, Blue Max, Lunikoff und die Liedermacher Jörg Hähnel und Jan Peter vertreten.

Die Liedtexte handeln beispielsweise von Meinungsunterdrückung, Überwachung, Verfolgung der „nationalen Opposition“ und verlorenem Nationalstolz. Sie fordern das jugendliche Zielpublikum auf, aktiv zu werden, aufzustehen gegen den modernen Zeitgeist, nicht dem Reiz der Spaßgesellschaft zu erliegen, sondern standhaft den Idealen treu zu bleiben und für Deutschland zu kämpfen. Damit versuchen die Macher der CD, an das rebellische, aktionistische Potential Jugendlicher in diesem Alter zu appellieren.

Eingebettet ist die Musik erstmals in eine Art Moderation. „Linda“ und „Micha“ führen sozusagen durchs Programm. Neben einer Anmoderation gibt es einen Wortbeitrag zu Frauen in der „nationalen Szene“ und der NPD-Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“ (RNF). Auch ein Interview mit Michael Regener, besser bekannt als „Lunikoff“, ist auf der CD. Michael Regener („Der Terrorist mit der E-Gitarre“) ehemals Sänger, Gitarrist und Liedtexter der Gruppe „Landser“, die vom Bundesgerichtshof als kriminelle Vereinigung eingestuft wurde, gilt als Kultfigur in der extremen Rechten. Er ging für fast drei Jahre ins Gefängnis, während die übrigen Bandmitglieder von Landser umfangreiche Aussagen bei der Polizei machten.

Die mittlerweile vierte Version der Schulhof- CD ist natürlich auch für den Bundestagswahlkampf und damit zur bundesweiten Verteilung gedacht. Doch die schwierige finanzielle Lage der Partei lässt größere Verteilaktionen als eher unwahrscheinlich erscheinen. Vielmehr setzen die Macher der CD darauf, dass die jugendliche Zielgruppe durch eigenes Kopieren und Verteilen für die Weiterverbreitung sorgt. Sollte die CD im Zuge des Bundestagswahlkampfes oder später in München an Schulen, Einrichtungen oder sonst wo dennoch auftauchen und/oder gar Verteilaktionen stattfinden, ist Hysterie fehl am Platz. Beschlagnahme und Tabuisierung der CD erhöhen nur den Reiz des Verbotenen, eine inhaltliche Auseinandersetzung im Rahmen des Unterrichts oder bei der außerschulischen Jugendarbeit ist dagegen sicher nachhaltiger.

Wer bei Seminaren, Workshops, Unterrichtseinheiten Unterstützung sucht, kann sich z.B. an folgende Stellen wenden: Netzwerk demokratische Bildung München und Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus.

www.aida-archiv.de ■

Direkte Hilfestellung bietet die gerade erschienene Broschüre ‚Argumentationshilfe gegen die „Schulhof CD“der NPD „BRD vs. Deutschland“, August 2009 von Martin Langebach, Jan Raabe und David Begrich, die als Downlaad beim www.netz-gegen-nazis.de zur Verfügung steht.

NPD-Jugendfunktionär plante Sprengstoffanschläge

Baden-Württemberg. Der am 26. August 2009 in Lörrach festgenommene 22-jährige Thomas Baumann, Stützpunktleiter der Jungen Nationaldemokraten (JN, NPD-Nachwuchsorganisation) war im Begriff, einen Angriff mit Splitterbomben und Schusswaffen gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten durchzuführen. Nach Mitteilung der Polizei hätte die Bombe in nur wenigen Stunden fertig gestellt werden können. Durch die Festnahme ist ein möglicherweise unmittelbar bevorstehendes Blutbad verhindert worden.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Baden-Württemberg fordert daher ein entschlossenes Vorgehen der Politik gegen den nazistischen Terror. Die Medien werden aufgerufen, endlich über die Gefahr der Anti-Antifa- Attacken aufzuklären.Hier werde eine neue Dimension von organisierter terroristischer Nazi-Gewalt sichtbar, die sofortiges Handeln auf allen Ebenen erforderlich mache, erklärt die VVN-BdA weiter.

Der unglaubliche politische Skandal bestehe darin, dass erst die Recherchen der Autonomen Antifa Freiburg dazu geführt hätten, die Behörden auf die Spur des Naziterroristen zu bringen. Verfassungsschutz und Polizei seien entweder ahnungslos oder schauten untätig zu, wie über Monate hinweg im NPD-Spektrum Bomben gebastelt werden. Dies unter Aufsicht eines Innenministers, der behauptet, dass die NPD in diesem Bundesland „sehr passiv auftrete“. Deswegen könne sich Baden-Württemberg an der Materialsammlung des Bundesinnenministeriums für ein NPD-Verbotsverfahren nicht beteiligen. Der Fall offenbart gleichzeitig, dass die V-Leute des Verfassungsschutzes innerhalb der NPD keinesfalls ein „Frühwarnsystem“ darstellen, wie Rech noch im März behauptet hatte. Damit hatte er seine Weigerung begründet, die V-Leute abzuschalten, wie dies das Bundesverfassungsgericht gefordert hatte, um den Weg für ein Verbotsverfahren frei zu machen.

Wie die VVN-BdA feststellt, sei Minister Heribert Rech nicht willens oder nicht in der Lage, seinen Amtspflichten nachzukommen. Sie fordert dessen unverzüglichen Rücktritt. Alle Landtagsfraktionen und die Bundespolitik seien jetzt aufgefordert, an diesem Beispiel die Gefahren zu erkennen, die von der NPD und ihrem gewalttätigen neofaschistischen Umfeld ausgehen und alle politischen Mittel der Aufklärung sowie alle rechtlichen Mittel zu deren Verbot und Auflösung gemäß Artikel 139 GG auszuschöpfen. Die Bundesorganisation VVN-BdA hatte im Dezember 2007 über 175.000 Unterschriften für die Einleitung eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens gesammelt und dem Bundestagspräsidenten übergeben. Seitdem schlummert der Bürgerwille in den Katakomben des Reichstagsgebäudes, weil sich eine Reihe von CDU-geführten Landesregierungen weigern, V-Leute aus der NPD abzuziehen bzw. Material über die NPD-Machenschaften weiter zu geben und damit das Verbotsverfahren sabotieren.

Ministerpräsident Günther Oettinger wird unter Bezug auf den Vorgang von der VVN-BdA aufgefordert, die Initiative für das Wiederaufleben des ruhenden NPD-Verbotsverfahren zu ergreifen, alle V-Leute abziehen und die einschlägigen Akten an den Bund übermitteln zu lassen. Um die als Standardreaktion geäußerten Einzeltätervermutung zu widerlegen, genüge ein Blick in das Umfeld des Bom-

→

Sich einmischen, wenn Faschisten öffentlich auftreten!

Im Vorfeld der Bundestagswahl stellt das Hamburger Bündnis gegen Rechts sein Aktionskonzept „Brauner Sack" vor.

Faschistischer Wahlpropaganda folgt der Protest so sicher wie das Amen in der Kirche. „Gott sei Dank", rutscht es mir heraus, sind überklebte oder abgehängte Naziplakate am Straßenrand häufiger zu sehen, als unbeschädigte Stellschilder. Meistens sind sie das Werk unbekannter Einzelner – bestenfalls das kleiner, couragierter Gruppen.

Einen ganz anderen Weg geht die „Aktion Brauner Sack". Zum Startschuss am 1. August erklären die im „Hamburger Bündnis gegen Rechts" zusammengeschlossenen Gruppen und Organisationen (von autonomen & unabhängigen Antifas, verschiedenen Gewerkschaftsgliederungen, über DKP und Linkspartei bis hin zu Geschichtswerkstätten und VVN-BdA), „es nicht weiter zulassen zu wollen, dass Nazis ihre menschenverachtende Ideologie als normale, vom Grundgesetz geschützte politische Meinungsäußerung verkaufen und in den Straßenalltag der Menschen in dieser Stadt tragen."



Die Absichtserklärung wird allerdings erst durch das Handlungskonzept zum Leben erweckt. „Fürs Erste haben wir 200 braune Müllsäcke mit dem Logo ‚Nazipropaganda in den Müll' produziert", erklärt die Sprecherin des Hamburger Zusammenschlusses. „Im Vorfeld haben wir in verschiedenen Stadteilen Einrichtungen, Geschäfte und Vereine angesprochen. Zwanzig Verteilstellen halten unsere Aktionstüte inzwischen vorrätig. Mit dem Ende der Sommerferien erhoffen wir uns noch weitere Verbreitung". Das Ziel der Kampagne sei es, so Birgit Wulf schließlich, die Unterstützung vor Ort zu organisieren und den Protest auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen

So weit, so unter dem Schlagwort „Hilfe zur Selbsthilfe" bekannt und vielleicht noch dem Einen oder der Anderen aus den vergangenen Jahrzehnten als „Aktion Braune Tonne" (in verschiedenen Städten – zumeist von Jusos oder der Gewerkschaftsjugend initiiert) in Erinnerung.

Wirklich neu dürfte im Repertoire der Gegenmobilisierung hingegen die Ankündigung und Verbreitung eines öffentlichen SMS-Verteilers ohne Zugangsbeschränkung sein. „Du möchtest per SMS informiert werden, wenn die NPD oder andere Nazis in Hamburg einen Infostand oder eine andere Propaganda-Aktion während des Wahlkampfes machen, um dagegen zu protestieren", heißt es auf der Internetseite des Hamburger Zusammenschlusses. „Dann trage dich einfach per SMS ein: Sende ‚Go Braunersack' (exakte Schreibweise mit 1x Leerstelle) an die Nummer 84343. Als Bestätigung, dass Du in den Verteiler aufgenommen wurdest, bekommst Du die SMS: Test Brauner Sack zurück." So erreichen im Mobilfunkzeitalter die Infos über Ort und Zeitpunkt der Naziständе unmittelbar und schnell alle, die im Verteiler eingetragen sind.

Noch besser! Dank dem „Informationsfreiheitsgesetz" sind dem Aktionsbündnis schon im Voraus die angemeldeten braunen Propagandaaktionen bekannt. Seit dem 1. Januar 2006 besteht ein allgemeines Einsichtsrecht für Bürger und Bürgerinnen in Behördenunterlagen. „Auf unsere namentlich getätigten Anfragen teilten uns die Hamburger Bezirksämter die Anmeldung aller Infostände im jeweiligen Verwaltungsbereich mit", erklärt Felix Krebs. Das schaffe gänzlich neue Handlungsmöglichkeiten, die es vor in Kraft treten nicht gab und die über Bundes- und Ländergesetze die Pflicht zur Auskunft für die jeweilige Verwaltungsebene bis ins Detail regelt. Wie das in den einzelnen Bundesländern – jeweils unterschiedlich – aussieht, übersteigt hier den Rahmen. Einfach ausprobieren!

Die Voraussetzung dafür, dass die kommunalen Verwaltungsstellen ihr Wissen über angemeldete Infostände preis- geben, ist, dass die Bundesgesetzgebung auf Länderebene implementiert ist. Und Länderregelungen zum Informationsfreiheitsgesetz bestehen, neben Hamburg, in Brandenburg (zum 11. März 1998), Berlin (zum 16. Oktober 1999), Schleswig-Holstein (zum 10. Februar 2000), Nordrhein-Westfalen (zum 1. Januar 2002), Mecklenburg-Vorpommern (zum 29. Juli 2006), Bremen (zum 1. August 2006), Saarland (zum 15. September 2006), Thüringen (zum 29. Dezember 2007), Sachsen-Anhalt (zum 1. Oktober 2008) und Rheinland-Pfalz (zum 1. Januar 2009).

Mit dieser Auskunftsreglung haben Hamburger Antifaschisten und Antifaschistinnen eine neue und interessante Möglichkeit an die Hand bekommen, zumal faschistische Propagandaaktionen und Infostände in den vergangenen drei Jahren in der Hansestadt sprunghaft angestiegen sind. Für das Jahr 2009 einschließlich August weiß die Innenbehörde auf eine kleine Anfrage der Linkspartei von 15 angemeldeten NPD-Ständen – also gut einen pro Monat. Seit Anfang 2006 hat allein die NPD im Hamburger Stadtgebiet über 100 Infostände durchgeführt (die DVU sechs).

Mit dem Wissen über das „Wann" und „Wo" setzte das Hamburger Bündnis ge- →

→ benbastlers, teilt die VVN-BdA weiter mit. Der Jungnazi war Mitglied im „Kampfbund Deutscher Sozialisten", Zeitsoldat bei den Krisenreaktionskräften der Bundeswehr und ist jetzt Gruppenführer der Kameradschaft „Freie Kräfte Lörrach" und Mitglied des JN-Landesvorstands mit engen Kontakten zu Alexander Neidlein, dem Landesgeschäftsführer und stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg. Baumann hat enge Verbindungen zur Münchner Neonazi- Szene, in deren Reihen er beim NPD-Aufmarsch am 1. Mai 2009 in Ulm gesichtet wurde. Attraktiv ist für ihn offenbar die Münchener „Kameradschaft Süd" mit dem Nazi-Kader Martin Wiese, weil diese über Erfahrungen in bewaffneten Anti-Antifa- Aktivitäten verfügt. 2003 wurden dort ebenfalls Waffen und Sprengstoff besorgt mit der vermutlichen Absicht, diese zu Attentaten gegen jüdische und andere antifaschistische Mitbürgerinnen und Mitbürger einzusetzen. Martin Wiese wird im August 2010 aus der Justizvollzugsanstalt Bayreuth entlassen und hat in jüngster Zeit ein Comeback angekündigt.

Pressemitteilung VVN-BdA Baden-Württemberg, 30. August 2009 ■



gen Rechts den Startschuss für die Kampagne „Brauner Sack“. Am ersten August hatte die NPD einen Infotisch im sozialschwachen Randbezirk Neuwiedenthal angemeldet. Dem Hamburger Sommerloch trotzten 30 Menschen und ab 9.00 Uhr wurden bereits die Anwohnerinnen und Anwohner mit Flugblättern über den bevorstehenden Nazistand in ihrem Stadtteil informiert. Die NPD traute sich erst nach einer halben Stunde Beobachtungszeit und unter massivem Polizeiaufgebot (Hundestaffel inklusive) ihren Stand aufzubauen. Später bekam der ein oder andere Passant das Infomaterial der Nazis in die Hand, das überwiegenden in den bereitgestellten „ Müllsäcken“ landete. Die selbsternannten Profiteure der Krise wurden zu Verlierern.

Am 15. August kam es in Barmbek und Wandsbek in Folge der Proteste zu einem ernsten Zwischenfall. NPD-Wahlkämpfer hatten in der Fuhlsbüttler Str. zwei Frauen gemeinschaftlich angegriffen und brutal verprügelt. Eine der beiden Frauen, die nicht zur Gruppe der von der Polizei abgedrängten Antifaschisten gehörte und die einfach zufällig vorbei kamen, erlitt eine Gehirnerschütterung und Prellungen – die Medien berichteten. Unter den Augen vieler Zeugen schlugen jeweils fünf bis zehn der 20 Neonazis auf die beiden Frauen ein.

Bei einem der Täter handelt es sich um den Neonazi Detlev Brüel (49), der wegen Körperverletzung von der Polizei festgenommen worden sei. Er nimmt in letzter Zeit regelmäßig an NPD-Infoständen und Aufmärschen teil und begann 1981/82 seine Karriere bei einer „Wehrsportgruppe Blankenese“. Anschließend ging er zur inzwischen verbotenen ANS/NA von Michael Kühnen und war in den 90ern Funktionär der ebenfalls verbotenen FAP. Brüel saß 5 Jahre wegen versuchten Mordes in Haft. Außerdem ist er mehrfach vorbestraft u. a. wegen schwerem Landfriedensbruch, Körperverletzung, gefährlicher Körperverletzung und gemeingefährlicher Körperverletzung, wegen Widerstandes gegen Beamte und wegen Verstoß gegen das Uniformverbot. Ein echter Nazischläger eben.

Die Umstände dieses Polizeieinsatzes wertet das Hamburger Bündnis gegen Rechts als „skandalös“. Wir fragen uns: „Wie ist es nach zwei heftigen körperlichen Attacken auf AntifaschistInnen und zwei Festnahmen von Faschisten überhaupt möglich, dass diese in einen öffentlichen Bus steigen und an anderer Stelle mit den gleichen Leuten erneut einen Infostand aufbauen können. Jede andere politische Gruppierung hätte sich ein generelles Verbot für ein weiteres öffentliches Auftreten eingehandelt.“

Die begleitenden Proteste und die positiven Reaktionen selbst älterer Passantinnen und Passanten zeigen, dass die Aktionen mit dem „Braunen Sack“ den Nazis die Aura der Einschüchterung untergräbt und sich deutlich mehr Menschen wagen Protest zu äußern. Das führt andererseits bei den Nazis zu Verunsicherung, macht sie nervös, gewalttätig und unberechenbar. Schließlich zeigt der Übergriff, wie schnell die bürgerliche und bürgernahe Fassade bröckelt. *Wolfram Siede* ■

(Weitere Informationen & Kontakt unter: www.keine-stimme-den-nazis.org)

„Fest der Völker“ in Pößneck

Die NPD Jena will ihr diesjähriges so genanntes Fest der Völker in Pößneck veranstalten. Das internationale Neonazi-Treffen soll nach einem Bericht der Ostthüringer Landeszeitung am 12. September 2009 auf dem „Viehmarkt“ stattfinden. Entsprechende Informationen bestätigten dem Blatt zufolge unter anderem das Landratsamt des Saale-Orla-Kreises und die Stadt Pößneck.

So genannte „Feste der Völker“ fanden bislang unter großem Bürgerprotest in Jena und zuletzt in Altenburg statt. 2006 wurde es verboten, da wegen der WM offenbar zu wenig Polizeikräfte zur Verfügung standen. Das „Fest der Völker“ ist ein europaweites Treffen von Neonazis, das nach dem ersten Teil des Olympiafilms von Leni Riefenstahl benannt ist. Für die NPD und andere völkische Organisationen handelt es sich um ein wichtiges Treffen, um die internationalen Kontakte zu pflegen und auszubauen. Der innenpolitische Sprecher der Linken im Thüringer Landtag, Roland Hahnemann, bezeichnete die Großveranstaltung als eines der wichtigsten Vernetzungstreffen der europäischen Neonazi-Szene.

Neben rechtsextremen Bands der alten Rechts-Rock Schule treten dort ebenfalls aktuellere rechte Musikgrößen auf, die einen neuen, vermeindlich harmlosen und modernen Musikstil repräsentieren. Beispielsweise traten auf dem Fest der Völker 2008 die Formation Sleipnir auf. Zwischen den Auftritten der Szenegrößen aus ganz Europa hielten und halten rechte Parteikader und Kameradschaftsführer ihre menschenverachtenden Propagandareden. Im Letzten Jahr taten eben dies neben Udo Voigt auch Thomass Wulff und weitere Radikale aus anderen nationalen Bewegungen Europas.

Ursprünglich in Jena angesiedelt, wichen die Veranstalter aus den Reihen Jenaer Neonazis in den vergangenen Jahren in Thüringer Kleinstädte aus – da sie dort vermeintlich weniger Widerstand der Zivilgesellschaft erwartete. Wie die Demonstrationen und Blockaden in Jena (2007) und Altenburg (2008) gezeigt haben, täuschten sich die rechten Funktionäre an diesem Punkt gewaltig. Ralf Wohlleben, ein regionaler Nazi-Aktivist, musste kleinlaut von seinem Vorhaben abrücken auch die nächsten zehn Jahre das „Fest“ in Jena abhalten zu können.

Auch in diesem Jahr werden am 12. September wieder tausende Neonazis, Autonome Nationalisten, Parteifunktionäre und rechte Mitläufer in einer Thüringer Kleinstadt ihr Propaganda-„Fest“ veranstalten wollen.

Der diesesmal dafür auserkorene Ort ist die Kleinstadt Pößneck – ein idyllischer Ort mit nur dreizehntausend Einwohnern im Osten Thüringens. Pößneck hat durch das „Schützenhaus“ und das Landser-Abschiedskonzert vor einigen Jahren einen, nunja, eher ‚guten‘ Ruf in der rechten Szene.



Auch ein Parteitag der NPD war Ende März hier angedacht, konnte aber Dank behördlicher Intervention und zivilen Engagements verhindert werden. Wie schwierig antifaschistische Arbeit und unmittelbare Aktionen in der Provinzstadt sind zeigten die letzten Wochen, als Störungsversuche des NPD-Landtagswahlkampfes (der maßgeblich vom Schützenhaus aus organisiert wurde) massiv durch Polizeigewalt unterbunden wurden.

Trotzdem – oder gerade deshalb – rufen verschiedene Initiativen dazu auf, nach Pößneck zu fahren. Das Nazifest aktiv zu behindern bzw. ‚kritisch zu begleiten‘ ist Ziel der Kampagne „Nazifeste verhindern“ des Aktionsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus Jena (www.nazifeste-verhindern.de). Eine weitere Möglichkeit antifaschistischer Aktion bietet sich durch den Anschluss an den Aufruf der J.A.P.S. Jena (www.jena.antifa.net).

Kein Fest der Völker, nicht in Jena, nicht in Altenburg und auch nicht in Pößneck!

www.nazifeste-verhindern.de ■

Denkmal für Deserteure eingeweiht

Köln. Am 1. September, dem weltweiten Antikriegstag, wurde bundes- und europaweit der Opfer des Zweiten Weltkrieges gedacht, der durch den Einmarsch der Wehrmacht in Polen vor genau 70 Jahren begann. Das Datum bot also einen würdigen Rahmen, um sich einer Gruppe zu widmen, die Opfer des Nationalsozialismus wurden, die aber dennoch bis heute in der Öffentlichkeit recht wenig oder gar keine Beachtung fanden: Den Opfern der NS- Militärjustiz, also vor allem den tausenden von Deserteuren, die als „Verräter“ hingerichtet wurden.

Ihnen gilt das Denkmal, das seit Dienstagabend am Appellhofplatz zwischen EL-DE-Haus, Stadtmuseum und Gericht steht. Entworfen hat es der Schweizer Künstler Ruedi Baur, der auch bei der feierlichen Einweihung zu Wort kam. Sein Vorschlag hatte sich bei der Ausschreibung als Favorit der Jury durchgesetzt.



Der Künstler Ruedi Baur

Auch Dr. Werner Jung vom NS-Dokumentationszentrum und Elfi Scho-Antwerpes als Vertreterin der Stadt Köln betonten in ihren Reden die Bedeutung dieses Denkmals für die Erinnerungskultur und die Einmaligkeit des Entstehungsprozesses von der Idee einer Initiative zum fertigen Denkmal.

Dabei erwähnte Scho-Antwerpes auch, wo noch weitere Gedenksteine in Köln installiert werden sollten. Dies wäre sicherlich ein sinnvolles Projekt für die neue Ratsfraktion der Sozialdemokraten.

Als Repräsentantin der Projektgruppe Denkmal, die durch ihren Einsatz alles ermöglicht hatten, trat Dr. Elvira Högemann auf die Bühne.

Besonders bewegend war sicherlich der Auftritt von Ludwig Baumann, der selber als Deserteur verurteilt worden war und durch glückliche Umstände mit seinem Leben davon kam und der heute Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz ist. Er zeigte sich sehr glücklich darüber, dass nun endlich auch die verurteilten Deserteure ihren Platz in der Erinnerungskultur finden.

Trotz strömenden Regens hatten etwa 300 Menschen den Weg zum Appellhofplatz gefunden. Nach dem offiziellen Teil kam dann der große Moment: Das schwarze Tuch, das zuvor das Denkmal verhüllt hatte, wurde weggezogen und die interessierten ZuschauerInnen konnten das Denkmal zum ersten Mal „live“ betrachten. Viele nutzten auch die Gelegenheit, einmal die Pergola zu durchschreiten und sich dabei ihre ganz eigenen Gedanken zu machen oder sich mit Anderen auszutauschen. Auch viele Passanten blieben noch im weiteren Verlauf des Abends neugierig stehen. Eines kann man also jetzt schon sagen: Das Denkmal zieht viele Blicke auf sich!

Fotos: www.arbeiterfotografie.com

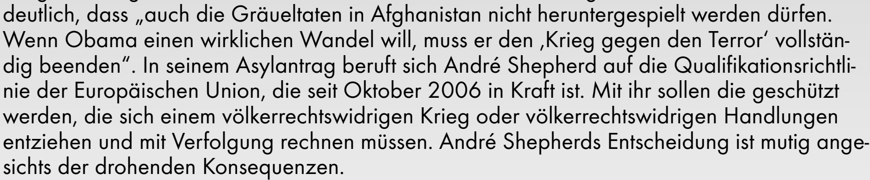

Ludwig Baumann vor dem Denkmal

Nach der Einweihung war noch ein Bürgerfest angesetzt, das mit einem bunten Kulturprogramm aufwartete. Es kam aber mit Jürgen Rose vom Darmstädter Signal auch ein Soldat auf die Bühne, der im 21. Jahrhundert nicht bereit ist, sich an Angriffskriegen der BRD zu beteiligen. So wurde die Veranstaltung ihrem Motto „Erinnern – Eine Brücke in die Zukunft“ gerecht.

Viele lauschten auch noch der Musik, als es schon dunkel war. Da hatte es bereits aufgehört zu regnen und auch die Polizei war größtenteils schon abgezogen. Zuvor hatte sie den Platz mit einem sehr großen Aufgebot beschützt. Neonazis um Axel Reitz hatten eine Gegendemonstration angemeldet, die aber von Polizei und Gericht verboten worden war. Und so gehörte der Appellhofplatz an diesem Abend glücklicherweise einzig und allein den Menschen, die dort zum Gedenken gekommen waren. Und natürlich denen, derer gedacht wurde: den „Menschen, die sich weigerten, zu töten“.

Benjamin Wernigk ■

US-Deserteur André Shepherd braucht Asyl! – Ein Aufruf zum Antikriegstag 2009 –



André Shepherd desertierte aus der US-Armee und beantragte im November 2008 in Deutschland Asyl. Er stellt sich damit gegen eine Kriegs- und Besatzungspolitik, die im Namen des „Krieges gegen den Terror“ zu großem Leid, Zerstörungen und Hunderttausenden von Toten geführt hat, insbesondere in Irak und Afghanistan.
André Shepherd verweigerte den Einsatz als Hubschraubermechaniker im Irak: „Bei einer weiteren Beteiligung wäre ich verantwortlich für zahlreiche völkerrechtswidrige Handlungen. Für mich war daher der Weg eindeutig: Ich musste raus aus dem Militär“. Er machte zugleich deutlich, dass „auch die Gräueltaten in Afghanistan nicht heruntergespielt werden dürfen. Wenn Obama einen wirklichen Wandel will, muss er den ‚Krieg gegen den Terror‘ vollständig beenden“. In seinem Asylantrag beruft sich André Shepherd auf die Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union, die seit Oktober 2006 in Kraft ist. Mit ihr sollen die geschützt werden, die sich einem völkerrechtswidrigen Krieg oder völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen und mit Verfolgung rechnen müssen. André Shepherds Entscheidung ist mutig angesichts der drohenden Konsequenzen.
Auch unter einem US-Präsidenten, auf den viele Hoffnungen gesetzt werden, bleibt er von Strafverfolgung und mehrjähriger Haft bedroht. Zudem werden Deserteure unehrenhaft aus der Armee entlassen, womit sie in den USA als Verräter gelten, ausgegrenzt werden und z.B. kaum einen Job finden können. Wir betonen: Kriegsdienstverweigerung und Desertion sind mutige individuelle Schritte, sich nicht an Krieg, Kriegsverbrechen und militärischer Gewalt zu beteiligen. Das Nein zum Krieg ist ein wichtiger Schritt zur Beendigung des jeweiligen Krieges. Zum diesjährigen Antikriegstag erklären die unterzeichnenden Organisationen daher ihre Solidarität mit André Shepherd, der mit seiner Verweigerung ein entschiedenes Zeichen gegen den Krieg gesetzt hat. Die Organisationen fordern die Bundesregierung auf, ihm Asyl zu gewähren und generell Verweigerer und Verweigerinnen zu schützen, die sich den Verbrechen der Kriege entziehen und flüchten.
Weitere Informationen bei Connection e.V., Tel.: 069- 82375534, www.Connection-eV.de oder Military Counseling Network, Tel.: 06223- 47506, www.mc-network.de

Veranstaltungen: Nottuln: 21.9. ● Köln: 23.9. ● Offenbach/M.: 24.9. ● Düsseldorf: 1.10. ● Hannover: 3.10. ● Kassel 5.10.

Die französische extreme Rechte:

Zersplittert aber im Umbruch

Der Front National (FN), bislang die zentrale Partei und Hauptkraft der extremen Rechten in Frankreich, ist erheblich geschwächt: politisch, organisatorisch und finanziell. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanzschwäche der rechtsextremen Partei – es ist bislang nicht gelungen, ihren längst überdimensioniert gewordenen früheren Zentralsitz im Pariser Nobelvorort Saint-Cloud zu verkaufen, obwohl die verbliebenen Parteifunktionäre schon vor anderthalb Jahren in ein kleineres Gebäude in Nanterre umzogen – nahm sie nach der Sommerpause 2009 ihre Aktivitäten unter schlechten Bedingungen wieder auf. In diesem Kontext verzichtet der FN in diesem Jahr darauf, seine sonst übliche „Sommeruniversität", als „Bildungs"einrichtung für die Parteikader und Aktivisten, zu veranstalten. (Vgl. http://info.sfr.fr/france/FN-n-a-pas-d-argent-une-universite-d-ete,113947/) Dadurch blieb der FN jedoch Ende August, zu einem Zeitpunkt, wo viele politische Kräfte ihre „Sommerakademie" veranstalten und sich für den Herbst in der Öffentlichkeit profilieren, in diesem Jahr den Medien fern.

Unterdessen befinden sich die aktiven Kräfte innerhalb der extremen Rechten des Landes in der Umgruppierung, rund um mehrere Pole. MNR (die frühere Partei von Bruno Mégret), NDP und ‚Parti de la France' sammeln sich, um zu versuchen, die von Jean-Marie Le Pen enttäuschten Teile der „klassischen" extremen Rechten – parteiförmig, einwandererfeindlich und einen antimuslimischen Rassismus kultivierend – zu bündeln. Dem MNR („Nationale republikanische Bewegung") ist es seinerseits gelungen, Ende August dieses Jahres im südwestfranzösischen Saintes eine eigene Sommeruniversität abzuhalten. An ihr nahm auch Robert Spieler als Redner teil. Der rechtsextreme elsässische Regionalist ist derzeit Sprecher der, am 1. Juni 2008 gegründeten, Kleinpartei NDP („Neue Rechte der kleinen Leute"). Angekündigt wurde, dass sowohl der MNR und die NDP als auch eine weitere Abspaltung vom Front National – die „Partei Frankreichs", inzwischen weithin auch als „PDF" abgekürzt, unter dem früheren FN-Generalsekretär Carl Lang – zusammen zu den Regionalparlamentswahlen im März 2010 antreten wollen. Und dies möglichst flächendeckend.

Bislang haben diese Kräfte allerdings ein Problem, welches darin liegt, dass sie zwar eine Reihe von ehemaligen Kadern und Parteiintellektuellen des FN abwerben konnten. Aber – neben den „Generälen" und „Offizieren" – nur in geringem, und jedenfalls unzureichendem, Ausmaß auch „Fußtruppen": in Gestalt von „einfachen" Anhängern, Sympathisanten und besonders Wählern. Noch bei der Europaparlamentswahl im Juni 2009, wo es zwei bzw. drei rechtsextreme „Dissidentenlisten" aus dem Umfeld dieser Kräfte gab, blieben die Wahlerfolge eher aus. (Die Ergebnisse liegen zwischen 0,9 und 1,8 % je nach Region.) Als Modell für den Erfolg hat dieses Spektrum sich inzwischen erklärtermaßen – „Pro Köln" auserkoren: Praktischerweise fiel die Kommunalwahl in NRW just in den Zeitraum, wo die „Sommerakademie" noch tagte. Es wird darauf zurückzukommen sein.

Auf außerparlamentarischer Ebene erheben auch die ‚Identitaires' den Anspruch, ein Wörtchen mitzureden. Sie legen ansonsten mehr Wert auf Aktivismus und lokale Kräfteverhältnisse denn auf Parteien und Wahlen; haben aber (de facto) ein ähnliches ideologisches Profil und hängen einer Idee der „Überlegenheit der weißen Rasse" an. Im November dieses Jahres planen sie, im südfranzösischen Orange – dessen Rathaus seit 1995 von Jacques Bompard (ehemals FN) als Bürgermeister regiert wird – eine Großveranstaltung mit internationaler Beteiligung abzuhalten. Dazu werden Vertreter mehrerer europäischer Rechtsparteien, nicht jedoch des französischen FN, erwartet. Im Hochsommer hatte die voraussichtliche Beteiligung eines Abgeordneten der mehrheitlich rechtskonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) in Helvetien für Aufsehen gesorgt. Auch darauf werden wir in der kommenden Ausgabe noch zurückkommen.

Am entgegengesetzten Ende des rechtsextremen Spektrums, was die Ideologiefrage betrifft, sammeln sich ebenfalls Kräfte. Der „Rot-Braune" und Antisemit Alain Soral plant angeblich, bis Jahresende 2009 eine neue Partei zu gründen. Nach dem relativ deutlichen Scheitern seiner Liste zu den Europaparlamentswahlen im Juni 09, die er im Namen des „Antizionismus" gemeinsam mit Dieudonné M'bala M'bala aufgestellt hatte, verlor das Gespann Alain Soral/Dieudonné jedoch einige Köpfe des offen antisemitischen Bereichs. Besonders durchgeknallte Figuren wie der prominente Auschwitzleugner Serge Thion und die aus den Grünen ausgeschlossene Holocaustleugnerin Ginette Skandrani schlossen sich inzwischen der Gruppierung MDI („Bewegung der Verdammten des Imperialismus") unter „Kémi Séba" an. Der MDI bündelt, im Namen des „Ethno-Differenzialismus", radikal auftretende und oft betont antisemitische Kräfte auch aus migrantischen Bevölkerungsteilen.

Aus gewöhnlich gut unterrichteten Antifakreisen verlautet jedoch unterdessen, Alain Soral plane seinen politischen Club – ‚Egalité & Réconciliation' (E&R, „Gleichheit & Aussöhnung") bis zum Jahresende 2009 in eine neue politische Partei umzuwandeln. Diese soll demnach künftig auf den Namen ‚Parti de la réconciliation nationale' oder „Partei der nationalen Aussöhnung" hören. (Vgl. http://www.npa2009.org/content/extrême-droite%C2%A0-morcelée-mais-dangereuse%C2%A0)

Abzuwarten bleibt, wie viel Erfolg dieser Unternehmung beschert bleibt, nachdem Alain Soral/Dieudonné und Konsorten mit ihrer Kandidatur im Juni 2009 auf einem Schuldenberg in Höhe von 300.000 Euro – laut der rechtsextremen Wochenzeitung ‚Minute', Ausgabe vom 10. Juni 2009 – sitzengeblieben sind. Aufgrund ihres Wahlergebnisses von 1,3 % im Europaparlaments-Wahlkreis Ile-de-France (Großraum Paris) schnitt die „Antizionistische Liste" zu niedrig ab, um ein Recht auf Rückerstattung ihrer Wahlkampfkosten geltend machen zu können. Dafür hätte sie mindestens drei Prozent der Stimmen benötigt.

Aber vielleicht erlässt ihnen ja ihr Hauptgläubiger, Ferdinand de Rachinel, ihre Schulden. De Rachinel war früher „der" Druckunternehmer des Front National und, bis im Juni 2009, einer seiner Abgeordneten im Europaparlament. Aufgrund nicht beglichener Schulden in Millionenhöhe – die von den Parlamentswahlen im Juni 2007 datieren – ist de Rachinel jedoch in einen schweren Konflikt mit Jean-Marie Le Pen und der Parteiführung des FN, gegen die er seit dem Juni 2008 prozessiert hat, eingetreten. De Rachinel schloss sich dem ‚Parti de la France' unter Carl Lang an; er erwies sich jedoch bereit, für die „Antizionistische Liste" von Soral & Dieudonné ihre Plakate zur Europaparlamentswahl auf Pump zu drucken. Gleichzeitig erklärte de Rachinel in der liberalen Pariser Abendzeitung ‚Le Monde': „Ja, ich amüsiere mich" (durch seine faktische, materielle, Unterstützung dieser Liste). Er fügte damals hinzu, dass er davon ausgehe, dass diese Liste auch die – für die Rückerstattung der Wahlkampfkosten erforderliche – Drei-Prozent-Hürde überspringen werde. Ob er selbst daran glaubte, ist ungewiss und wird wohl offen bleiben müssen. Vielleicht aber hat er die fraglichen 300.000 Euro ohnehin bereits abgeschrieben, und verzichtet darauf, diese konsequent einzutreiben. Was, in diesem Falle, Alain Sorals Parteipläne sicherlich erheblich erleichtern würde.

Abzuwarten bleibt also, was aus diesem eventuellen Parteigründungs-Ansatz noch werden könnte, oder auch nicht wird. Ihm macht jedoch inzwischen der oder das ‚Mouvement des damnés de l'impérialisme' (MDI, „Bewegung der Verdammten des Imperialismus") im „radikalen" Antisemitenspektrum offen Konkurrenz. Mutmaßlich enttäuscht vom relativ geringen Abschneiden der „Antizionistischen Liste" bei den EP-Wahlen vom 7. Juni 2009, schlossen sich einige ihrer durchgeknalltesten prominenten UnterstützerInnen inzwischen dem MDI an.

Dies gilt für Ginette Hess Skandrani, eine Aktivistin (Jahrgang 1938), die aus einem diffus antiimperialistisch und irgendwie rebellisch auftreten wollenden Spektrum kommt. Aus Überidentifikation mit den (real) unterdrückten Palästinensern – oder auch aus sonstigen Gründen – hält sie den Staat Israel in einem solchen Ausmaß für eine Art Weltzentrale des Bösen, dass sie zu offen den Holocaust leugnenden Positionen überlief. Letztere sollen in ihren Augen dazu beitragen, dem Staat Israel jegliche Legitimation seiner Existenzgründe abzustreiten. Seit den frühen 1990er Jahren wurde sie deswegen innerhalb der französischen Grünen, deren Gründungsmitglied sie war, marginalisiert. Im Jahr 2005 schloss die Ökopartei sie definitiv aus.

Im Juni 2009 trat sie als Kandidatin auf der „Antizionistischen Liste" an. Anfang Juni ließ sie auf einer Veranstaltung der Liste dem in Paris inhaftierten terroristischen Mörder „Carlos" – der in den 1970er und 80er Jahren als internationaler Desperado und Söldner im Dienste mehrerer arabischer Regimes stand – applaudieren. „Carlos" hat, seitdem ihm Ende 1997 in Paris wegen terroristischer Auftragsmorde der Prozess gemacht wurde, wiederholt Äußerungen zugunsten der „rebellischen" extremen Rechten und u.a. gegen den Papon-Prozess (Maurice Papon wurde 1998 in Bordeaux wegen des Organisierens von Judendeportationen aus dem besetzten Frankreich verurteilt) getätigt. Bei einer Saalveranstaltung der „Antizionistischen Liste" konnte er in Form einer Videobotschaft, die in der Haftanstalt aufgezeichnet worden war – der Mann sitzt, zu Recht, lebenslänglich im Knast – auftreten.

Noch im Frühsommer 2009 trat Skandrani, mutmaßlich enttäuscht vom Ergebnis bei den vorausgegangenen Europaparlamentswahlen, zum MDI über. (Vgl. http://europapax.com/2009/07/15/2164/) Ebenfalls noch im Juni 2009 unternahm der „Forscher" Serge Thion denselben Schritt. (Vgl. http://www.anti-imperialisme.com/serge-thion-rejoint-le-mdi/)

Thion, der ursprünglich einmal aus der antikolonialistischen Linken zu Zeiten des Algerienkriegs stammte, ist seit Jahrzehnten auf einem ziemlich irren Trip der Realitätsverleugnung unterwegs; es fing bei ihm mit einem öffentlichen Abstreiten der Verbrechen der kambodschanischen Khmers Rouges (Roten Khmer) in Südostasien, deren Unterstützer er war, an. Und hörte noch lange nicht damit auf. Seit 1980 tritt Serge Thion als Holocaustleugner auf. Er tut dies im Sinne eines kleinen Segments der früheren „Ultralinken" in Italien und Frankreich, die bestreitet, dass es irgendeinen qualitativen Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus gibt. Das Beharren auf den Menschheitsverbrechen der Nazis dient in ihren Augen nur dazu, das bestehende (bürgerliche) System als „kleineres Übel" zu legitimieren und dadurch zu stabilisieren. Diese Strömung als solche existiert nicht mehr. Aber sie hat einige mehr oder minder prominente Gestalten hervorgebracht, die später bei der extremen Rechten landeten oder jedenfalls hospitierten (Dominique Michel) oder eine aktive Rolle bei der Veröffentlichung von Holocaustleugner-Literatur spielten und spielen (Pierre Guillaume, der Verleger von ‚La Vieille Taupe'). Und, eben, Serge Thion.

Am 26. September 2009 hält der MDI, an einem geheim gehaltenen Ort im Umland von Paris, einen „großen Kongress zum Neuanfang (nach der Sommerpause)" und zur „Konsolidierung der Bewegung" ab. Zu den angekündigten Hauptreder/inne/n zählen Serge Thion, zum Thema „Neokolonialismus und Palästina", sowie Ginette Skandrani – über „Bioterrorismus und revolutionäre Ökologie", also wahrscheinlich zu den neuesten Verschwörungstheorien betreffend die angebliche Herkunft und Funktion des Grippevirus A1N1. (Vgl. das Programm: http://cristos.over-blog.com/article-35727749.html)

Solche Theorien erfreuen sich derzeit in den Kreisen der üblichen Verdächtigen einiger Beliebtheit, so gibt es auch einen Text des Clubs von Alain Soral zum Thema; worin erläutert wird, es handele sich – einmal wieder – um eine Verschwörung. Diese diene dazu, durch Panikmache vor einer angeblichen weltweiten Epidemiewelle die Einrichtung einer Weltregierung zu beschleunigen. (Vgl. http://www.mecanopolis.org/?p= 9459)

Der MDI organisiert vor allem Aktivisten, die selbst aus migrantischen Bevölkerungsteilen stammen. Aber seit 2008 unterhält er – im Namen des „Ethnodifferenzialismus" – eine Kooperation mit einer „weißen" Neonazi- und Antisemitengruppe unter Thomas Werlet, die damals noch ‚Droite Socialiste' (Sozialistische Rechte) hieß. Inzwischen formt sie eine Splitterpartei namens Parti Solidaire français (PSF, „Französische Solidarische Partei"; in den siebziger Jahren nannte sich eine Strömung der französischen Nationalrevolutionäre „Solidaristen"). Die Kleinpartei erregte im Juni 2009 einige Aufmerksamkeit, indem sie ihre Aktivisten gegen die „Gay Pride"-Parade – die Entsprechung zum deutschen „Christopher Street Day" – mobilisierte und gegen Homosexualität agitierte. Im Hochsommer 2009 klebte der PSF in Paris Plakate mit der martialisch klingenden Aufschrift ‚Ecraser la vermine capitaliste' (ungefähr: „Das kapitalistische Ungeziffer niederwalzen/plattmachen").

Bernhard Schmid, Paris ■

Zug erinnert an die Opfer aus Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Polen

Auf seiner neuen Fahrtetappe wird der „Zug der Erinnerung" in den deutschen Grenzgebieten an die Deportierten aus den Nachbarländern erinnern. Eine intensive Zusammenarbeit wurde mit der in Warschau ansässigen Stiftung „Deutsch-polnische Aussöhnung" vereinbart. Während der Aufenthalte in Guben, Eisenhüttenstadt und Frankfurt/Oder koordiniert die Stiftung den Besuch polnischer Schulgruppen. Im Zug werden polnische Versionen der deutschsprachigen Ausstellungstexte bereit gestellt.

Auch in Saarbrücken und Trier wirbt der Zug für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, ohne die Unterschiede zwischen den Nachfahren der Opfer und den Nachfahren der Täter zu verwischen. Der Aufenthalt in Trier gilt insbesondere den Deportierten, die am 16. Oktober 1941 aus Luxemburg verschleppt wurden. Ziel des Bahntransports war das Ghetto Litzmannstadt (Lodz). Unter den rund 540 Gefangenen befanden sich über 100 Kinder und Jugendliche.

Fahrplan Oktober

Zweibrücken, Mi, 7. Oktober - Do, 8.10.
Pirmasens, Fr, 9. Oktober - Sa, 10. Oktober
Saarbrücken, Mo, 12. Oktober - Mi, 14. Okt.
Trier, Do, 15. Oktober - Sa, 17. Oktober
Delmenhorst, Mo, 19. Oktober - Mi 21. Oktober
Oldenburg, Do, 22. Oktober - Sa, 24. Oktober
Wilhelmshaven, Mo, 26. Oktober - Mi, 28. Okt.
Vechta, Do, 29. Oktober - Sa, 31. Oktober

November

Soltau, Mo, 2. November - Di, 3. November
Walsrode Mi, 4. November - Do, 5. Nov.
Schwarmstedt, Fr, 6. November - Sa, 7. Nov.
Hannover, So, 8. November - Do, 12. November
Lehrte, Fr, 13. November - Sa, 14. November
Magdeburg, Mo, 16. November - Mi 18. November
Blankenburg, Do, 19. November - Sa, 21. November
Dessau, So, 22. November - Di, 24. November
Wittenberg, Mi 25. November - Fr, 27. November
Cottbus,So, 29. November - Di, 1. Dezember

Dezember

Guben, Mi, 2. Dezember - Fr, 4. Dezember
Eisenhüttenstadt, Sa, 5. Dezember - Mo, 7. Dezember
Im Januar 2010 folgen weitere Stationen, darunter Frankfurt/Oder.

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Aus für Abschiebelager Fürth

Bayern. Das umstrittenste bayerische Flüchtlingslager wird nach 7 langen Jahren endlich geschlossen. „Wenn man so will, dann kann man es als Zermürbetaktik bezeichnen", sagte Christoph Hammer, der ehemalige Leiter der Zentralen Rückführungsstelle Nordbayern (ZRS) im Jahr 2002 über das ihm unterstellte Ausreisezentrum in Fürth den Nürnberger Nachrichten – und offenbarte damit in unverhohlener Deutlichkeit, was mit dem Fürther Abschiebelager bezweckt werden sollte. In das im September 2002 eröffnete Straflager des Innenministeriums wurden geduldete Flüchtlinge eingewiesen, denen die Ausländerbehörden unterstellten, ihre eigene Abschiebung „rechtsmissbräuchlich" zu verhindern. Mit massivem psychischem Druck sollten die Flüchtlinge dazu genötigt werden, „freiwillig" aus Deutschland auszureisen, weil eine zwangsweise Abschiebung nicht möglich war. Als Maßnahmen wurden die Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Insassen auf das Fürther Stadtgebiet, Leben hinter Gittern, regelmäßige Verhöre, Bewachung durch einen privaten Sicherheitsdienst, Entzug des „Taschengeldes" von monatlich 40 Euro, strikte Arbeitsverbote, tägliche Ausgabe der Lebensmittelpakete zur Sicherstellung der regelmäßigen Anwesenheit, Zimmerdurchsuchungen, Meldepflichten und Anwesenheitskontrollen angewandt. Selbst der Besitz privater Möbel und Kühlschränke wurde untersagt.

Gegründet als Prestigeprojekt des damaligen Innenministers Günther Beckstein, entwickelte sich das Ausreisezentrum schnell zum Schandfleck bayerischer Flüchtlingspolitik. Neben Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, Parteien und Gewerkschaften forderte selbst die evangelische Landessynode im März 2004 ihren Synodalen Beckstein auf, das Abschiebelager zu schließen. Doch der ließ sich nicht erweichen, obwohl sich bereits damals die an den eigenen Zielen gemessene Erfolglosigkeit abzeichnete: Während lediglich eine Handvoll Flüchtlinge vor dem massiven Druck kapitulierte und sich zur „freiwilligen" Ausreise zwingen ließ, entzog sich etwa die Hälfte der eingewiesenen Flüchtlinge dem repressiven Abschiebelagersystem durch Untertauchen in die Illegalität. Die Folgen für die wenigen verbliebenen Flüchtlinge waren körperliche und psychische Erkrankungen wie Depressionen und Alkoholismus.

Anfänglich plante das Innenministerium die Einrichtung weiterer Ausreisezentren in Bayern, scheiterte jedoch auch mit diesem Vorhaben vor allem am Widerstand der bayerischen Städte und Gemeinden. Der frühere Bürgermeister der kleinen oberbayerischen Gemeinde Engelsberg, Franz Ketzer (CSU), widersetzte sich den Plänen des Innenministeriums, dort ein Ausreisezentrum einzurichten, mit den Worten: „Wir können doch nicht Menschen in ein Lager mit Drei-Meter-Zaun und Wachturm sperren, das sieht doch aus wie ein KZ".

Der Bayerische Flüchtlingsrat wertet die von der Regierung von Mittelfranken bestätigte Schließung des Ausreisezentrums Fürth als späten aber vollen Erfolg des massiven Widerstands gegen dieses Abschiebelager durch den Flüchtlingsrat, die Karawane Nürnberg, das Netzwerk „Deutschland Lagerland" und vieler weiterer beteiligter Organisationen. „Damit geht die Ära der Zermürbung im einzigen bayerischen Abschiebelager ihrem Ende entgegen", kommentiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Wir warnen jedoch vor dem Irrglauben, dass damit die Repression durch die ZRS beendet ist, wie das von ihr verhängte Verbot für alle Flüchtlinge aus den Regierungsbezirken Oberpfalz, Ober-, Mittel- und Unterfranken, zur Demo gegen Flüchtlingslager am 13. Juni 09 vor dem Bayerischen Landtag zu fahren, beweist. Solange der ZRS, die besser ‚Zentrale Repressionsstelle' heißen sollte, nicht das Handwerk gelegt wird, bleibt die Zermürbung von Flüchtlingen in Bayern Alltag", so Thal.

Weitere Informationen unter: http://www.ausreisezentren.de ■

Felix Otto abgeschoben

Frankfurt. Am 25.8.2009 um 10.40 wurde der VOICE-Aktivist Felix Otto mit einer Air France Maschine über Paris nach Douala/Kamerun abgeschoben. Die Abschiebung wurde ungeachtet massiven öffentlichen Protests durchgeführt.

Seit Monaten stand der Fall Felix Otto im Licht der Öffentlichkeit, da er deutlich zeigte, wie das Apartheidsgesetz der Residenzpflicht nicht nur als Mittel rassistischer Ausgrenzung wirkt, sondern der Kriminalisierung, Kontrolle und Abschiebung von Flüchtlingen dient. Felix Otto war am 30. März 2009 verhaftet und wegen Verletzung der Residenzpflicht, die den Aufenthalt von Asylbewerbern auf einen einzigen Landkreis beschränkt, zu einer achtmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Seit Ende Juni begann die Ausländerbehörde seine Abschiebung vorzubereiten. Am Mittwoch, den 19. August, erhielt seine Anwältin durch das Landesverwaltungsamt Thüringen die Information, dass für den heutigen Dienstag die Abschiebung mit einem Charterflug angesetzt sei. Dies war eine skandalöse Falschinformation; tatsächlich war für die Abschiebung von Anfang an ein regulärer Linienflug der Air France über Paris vorgesehen.

Der von Anfang an breite Protest und die öffentliche Aufmerksamkeit schien die Sonderbehandlung zu fördern, die man Felix Otto als Gefangenem zuteil werden ließ. Nicht nur zu Gerichtsterminen, sondern auch zu Arzt- und Krankenhausbesuchen wurde er gefesselt wie ein Schwerverbrecher geführt.

Mit dem Bekanntwerden des Abschiebetermins nahmen die Repressalien zu und verfolgten offensichtlich das Ziel der Einschüchterung und völligen Abschirmung von Unterstützern von außen.

Am Donnerstag gelangen zwei letzte Telefonate mit ihm. Im ersten wurde er durch die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen von der bevorstehenden Abschiebung informiert. Im nächsten und letzen Telefonat, das wir mit ihm führen konnten, teilte er uns mit, dass man ihn daraufhin in Hand- und Fußschellen in eine videoüberwachte Einzelzelle gebracht hätte. Seine Kleider wurden ihm abgenommen. Begründet wurde diese Maßnahme mit Suizidgefahr. Obwohl man auf Nachfrage der Anwältin am Freitag behauptete, dass es nicht stimme, dass er in der Zelle gefesselt wäre, wurde ihm in der Folge der Kontakt nach außen verweigert. Es versetzte uns in Sorge, dass wir trotz seiner schwierigen Situation drei Tage lang nichts von ihm hörten. Dass ihm die Telefonate verboten wurden, bestätigte Felix Otto am Montag, als einige Personen nach einem weiteren Gerichtstermin die Gelegenheit wahrnahmen, ein paar Worte mit ihm zu sprechen – trotz der Versuche der bewachenden Beamten, dies zu verhindern.

Auch der Transport zum Flugzeug heute erfolgte abgeschirmt. Im Flugzeug wurde er, wie Passagiere berichteten, von BGS-Beamten unter Kontrolle gehalten und in Paris sofort der französischen Polizei übergeben.

In den letzten Wochen hatten Hunderte Menschen Felix Ottos Fall verfolgt und sich in Fax-Kampagnen und mit Telefonaten mit dem thüringischen Innenministerium gegen seine Inhaftierung und Abschiebung eingesetzt. In einer Eilaktion wandten sich gestern und heute zahlreiche Menschen in Sorge um Felix Otto an Air France und forderten den Flugkapitän auf, den Transport Felix Ottos zu verweigern. Ca. 35 Personen demonstrierten in einer Kundgebung auf dem Flughafengelände lautstark gegen seine Abschiebung nach Kamerun und gegen die Kollaboration des Airports und der Air France mit den deutschen Abschiebebehörden.

Dennoch ignorierten die für die Abschiebung zuständigen Stellen und das Innenministerium das große öffentliche Interesse am Schicksal Felix Ottos hartnäckig. Auch die die Abschiebung durchführende Fluglinie Air France reagierte auf Nachfragen abweisend.

In Kamerun wird nun von Menschenrechtaktivisten beobachtet, was mit Felix Otto passieren wird. Wir dokumentieren

alles und die Öffentlichkeit hier und in der Heimat wird erfahren, wie barbarisch und menschenverachtend diese Gesellschaft wirkt. Wir haben nicht aufgegeben und werden dies nie tun, bis die MigrantInnen ihre Stimmen erheben und das Schweigen bricht.

Die jüngsten Entwicklungen um Felix Otto werden ein wichtiger Tagesordnungspunkt in unserer Konferenz über „Koloniales Unrecht" vom 9. bis 13. September 2009 in Jena sein. Dort werden wir die koloniale Apartheid, die sich in der Behandlung von Felix Otto manifestiert, deutlich machen. Alle Aktivisten und Personen, die diese Kampagne so engagiert und vielfältig unterstützt haben, sind zu dieser Konferenz herzlich eingeladen, die Abschiebungen, Kontrollen, Bewegungsbeschränkung und Lagerisolierung von Flüchtlingen genau fokussieren wird.

Stoppt Abschiebungen! Protestiert gegen koloniales Unrecht und sein Apartheidssystem! Abschaffung von Residenzpflicht und Isolationslagern! Solidarität ist unsere Waffe!

The VOICE Refugee Forum Jena
http://www.thevoiceforum.org ■

4851 Ausländer dürfen auf Probe bleiben – „vorerst"

HANNOVER. Am 20.8.2009 fand eine Veranstaltung auf Einladung der Landtagsgrünen zum Bleiberecht in Niedersachsen statt. Vor überzogenen Erwartungen an die Bleiberechtsregelungen von Bund und Ländern hat der Fachmann des niedersächsischen Innenministeriums, Paul Mittelbeck, gewarnt. Immerhin hätten nach der jüngsten Bleiberechtsregelung 4851 Antragsteller ein Aufenthaltsrecht auf Probe in Niedersachsen erhalten, berichtete Mittelbeck auf einer Veranstaltung der Grünen: „Das ist mehr, als wir erwartet haben." 1535 Menschen könnten mit einer Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung rechnen, sagte Mittelbeck.

Die Bleiberechtsregelung, die bislang nur geduldeten Flüchtlingen einen Aufenthalt in Deutschland gestattet, wenn sie für ihren Lebensunterhalt überwiegend selbst aufkommen, läuft zum 31. Dezember dieses Jahres aus. Mittelbeck rechnet indes nicht damit, dass es im kommenden Jahr zu Massenabschiebungen kommt, betonte aber, dass die Menschen dann ausreisepflichtig seien.

Die Grünen wie auch der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Klaus-Dieter Kottnik, kritisierten die Bedingungen der Bleiberechtsregelungen als zu streng. Kottnik verlangte Ausnahmeregelungen für alte, kranke und pflegebedürftige Menschen. „Die Anforderungen, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern, sind einfach zu hoch, etwa für Alleinerziehende", sagte er.

Quelle: „Hannoversche Allgemeine Zeitung" 22.8.09 - flucht@nds-fluerat.org ■



4.781 Rettungsringe!

BERLIN. Seit knapp zwei Jahren gibt es nun die Kampagne „save me – Flüchtlinge aufnehmen!" 40 Städte in ganz Deutschland nehmen bislang daran teil und 14 davon haben bereits einen positiven kommunalen Beschluss bezüglich der Neuaufnahme von Flüchtlingen erreicht. Insgesamt 4.781 Menschen unterstützen dieses Anliegen aktiv mit ihrer Person und ihrem Namen. Das macht Hoffnung und zeigt deutlich: die Menschen vor Ort, in den Städten und Gemeinden, sind weit mutiger und offener, als sich das unsere Berliner Politik vorzustellen wagt. Es ist also höchste Zeit dieses deutliche Signal für einen großzügigen und humanen Umgang mit Flüchtlingen nach Berlin in die Bundespolitik zu tragen! Deshalb wollen wir am Donnerstag den 1. Oktober 2009 vor dem Berliner Hauptbahnhof eine eindrucksvolle Installation errichten, die deutlich machen soll: Wir sind viele, und wir sind zu einem anderen Umgang mit Flüchtlingen bereit! Wir planen ein Meer aus Rettungsringen zu errichten – symbolisch für das enorme Potential an Hilfsbereitschaft, das es bereits gibt.

Für jede und jeden unserer Unterstützerinnen wollen wir einen Rettungsring auslegen. Das wären stolze 4.781 Rettungsringe! Mit großen gelben Ortsschildern wollen wir zeigen, welche Städte sich schon angeschlossen haben und zur Flüchtlingsaufnahme bereit sind. Zudem soll eine stattliche Anzahl von Schlauchbooten auf die unzähligen Flüchtlingsdramen hinweisen, die sich tagtäglich vor Europas Grenzen abspielen. Außerdem wird es einen Autokorso, bestehend aus etwa zehn Autos, geben, mit Rettungsbooten auf den Dächern, die im Berliner Innenstadtverkehr auf unser Anliegen zusätzlich hinweisen werden. Ziel des Ganzen ist es, in Berlin ein deutliches Zeichen zu setzen und eine möglichst breite Berichterstattung zu erreichen.

Zur Umsetzung: Wir brauchen also 4.781 Rettungsringe! Der billigste Rettungsring, den wir finden konnten, (aufblasbar, ca. 25 cm Durchmesser) kostet etwa 2,50 Euro. Sie können unsere gemeinsame Aktion also bereits mit einer Minispende unterstützen. Wer aber etwas mehr spenden kann, der/die finanziert automatisch gleich ein paar weitere Rettungsringe (15 Euro = 5 Rettungsringe usw.). Die Rettungsringe stehen übrigens nach unserer Berliner Aktion selbstredend den lokalen save me Kampagnen für eigene Aktionen zur Verfügung. Sie können spenden oder an:

Pro Asyl Konto 8047300, BLZ 37020500, bei der Bank für Sozialwirtschaft Verwendungszweck „save me"

Wir werden unter www.save-me-kampagne.de einen „Rettungsringzähler" einrichten um Sie über die Entwicklung unserer Aktion auf dem laufenden zu halten! Auf eine erfolgreiche Aktion!

für die bundesweite save me Kampagne Matthias Weinzierl und Andrea Kothen, support@save-me-kampagne.de ■

Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes!

Als nicht akzeptabel hat der Präsident des Deutschen Caritasverbandes (DCV), Peter Neher, das Asylbewerberleistungsgesetz bezeichnet. Aus Anlass der Anhörung im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales zum Asylbewerberleistungsgesetz erneuerte der DCV seine Forderung nach Abschaffung dieses Gesetzes: „Für Asylbewerber, Geduldete und andere betroffene Ausländer muss ebenso wie für deutsche Bedürftige ein einheitliches soziokulturelles Existenzminimum gelten. Einschränkende Sondergesetze für bestimmte Gruppen sind nicht nachvollziehbar", stellt Neher fest.

Das Gesetz führt seit mehr als 15 Jahren dazu, dass Asylbewerber und Ausländer mit Duldung und deren Familien gravierende Leistungseinschränkungen im Vergleich zu deutschen Empfängern für Sozialhilfe hinnehmen müssen. Seit Einführung dieses Gesetzes fordert der DCV, dass die Sozialgesetzgebung in Deutschland für gleiche Bedarfe gleiche Leistungen gewähren müsse. „Das Asylbewerberleistungsgesetz mit seiner Absicht der Abschreckung trifft die Menschen in ihrer Würde. Es demotiviert und isoliert und wirkt allen Integrationsbemühungen entgegen. Dieses Gesetz muss abgeschafft werden", so Caritas-Präsident Peter Neher. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurden seit 1993 nicht an die Preisentwicklung angepasst. Von der im Gesetz vorgesehenen Möglichkeit, zum 1. Januar eines Jahres die Leistungen an den Bedarf anzupassen, wurde kein Gebrauch gemacht. Die Leistungen liegen heute etwa 35 Prozent unter dem Niveau der Sozialhilfe. Unter diesen Einschränkungen leiden insbesondere Familien mit Kindern, für die sich nur geringe Bildungs- und Integrationschancen bieten.

Presse Deutscher Caritasverband e.V. ■

Der TSV 1860 stellt sich seiner Vergangenheit

„Löwenfans gegen Rechts" erhalten Julius Hirsch Preis

Die Rolle des Turn- und Sportvereins München von 1860 in der Zeit des Nationalsozialismus beleuchtet das vor kurzem erschienene Buch „Die Löwen unter dem Hakenkreuz" des Münchner Historikers und Archivars Anton Löffelmeier, der schon seit Jahren über die Geschichte des Vereins forscht.

Auf der Grundlage, dass sich der deutsche Fußball und seine Verbände 1933 recht reibungslos vom nationalsozialistischen System vereinnahmen ließen, zeichnet Löffelmeier in seinem Buch eine Chronik des Vereinslebens des TSV München von 1860 in der Nazi-Zeit. Er zeigt, dass die „Löwen" für das Nazi-Regime interessanter waren als manch andere Vereine in Deutschland und aufgeschlossener auf die Nazi-Botschaft reagiert haben. Eine bemerkenswerte Anzahl von Mitgliedern hatte sich schon in der Weimarer Republik völkischen und nationalsozialistischen Verbänden angeschlossen.

In diesem Milieu entstand eine enge Bindung an das neue Regime, die sich insbesondere in guten Kontakten zur Münchner Stadtspitze ausdrückte und den Löwen aus schweren finanziellen Notlagen half. Dabei geht es nicht nur um Täter und Mitläufer: Zum Verein zählten auch jüdische Mitglieder und Förderer. An ihre Namen und Schicksale erinnert das Buch ebenfalls. Nach dem Krieg war eine ganze Generation von Führungskräften durch die enge Verstrickung in das nationalsozialistische Unrechtssystem nicht mehr tragbar gewesen. Der einzige, der für den Neuaufbau von Stadtverwaltung und Militärregierung akzeptiert worden wäre, Heinrich Zisch, starb früh. So dauerte es Jahre, bis sich eine handlungsfähige Vereinsspitze neu formieren konnte.

Der neue Geist des Aufbruchs und das rasche sportliche Wiedererstarken haben den Verein in die fünfziger Jahre hinein getragen und den Mythos von der „Vereinsfamilie"« neu entstehen lassen.

Dass man über die Jahre von 1933 bis 1945 nicht mehr sprechen wollte, hat dabei kaum jemanden gestört. Erst die Generation der Enkel geht nun daran, Fragen nach dem Handeln der Vereinsführung, einzelner Abteilungsleiter und Mitglieder in der NS-Zeit zu stellen.

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit gehört nun endlich zu den Pflichtaufgaben, die sich die Verantwortlichen des Vereins auferlegt haben. Deshalb war es auch an der Zeit über das Thema „der TSV München von 1860 im Nationalsozialismus" zu sprechen.

„Wir stellen uns!"

hieß es am Montagabend, 27. Juli 2009, in der Stadionwirtschaft des Grünwalder Stadions. 1860-Geschäftsführer Manfred Stoffers eröffnete die Podiumsdiskussion mit Autor Anton Löffelmeier, Verleger Dietrich Schulze-Marmeling, Herbert Schröger von den „Löwenfans gegen Rechts" und 1860-Vizepräsident Franz Maget. Autor Anton Löffelmeier, lieferte in seiner Einleitung für die Diskussion mit einem kurzen Abriss, wie es ab 1934 dazu kam, dass der Verein unter die Führung der Nationalsozialisten gelangte.

„Lust auf mehr Details, mehr zu wissen!" bekam Stoffers nach diesem Beitrag und griff nochmals auf, „welch übles Gebräu ideologische Korrumpiertheit und Geldmangel ergeben".

Lust auf mehr Details hatte zwei Jahre zuvor Dietrich Schulze-Marmeling. Nachdem er bereits 2003 das Buch „Davidstern und Lederball" herausgegeben hatte, „musste auch bei den Vereinen die Geschichte, die rausgeschrieben wurde, wieder reingeschrieben werden". Bis die Idee auch bei Sechzig Gehör fand, dauerte es. Erst Stoffers, damals noch Geschäftsführer bei Festina und Sponsor der Weiß-Blauen, befand: „Müssen wir machen, was kostet's?" Das freute den Verleger des Werkstatt Verlags. Er erinnerte sich an einen Löwenfan im Stadtarchiv – und nachdem weitere Entscheider überzeugt waren, konnte Löffelmeier die Recherche zu dem Projekt starten. Das Ergebnis, so Schulze-Marmeling, sei einfach großartig. Mit dem Motto ‚Wir stellen uns!' hat der Verein wirklich gepunktet.

„Das reicht für die 1. Liga".

Lob für den Umgang mit dem Thema in der Gegenwart und Anspielung, es im Fußball doch genauso zu machen. Bevor die Diskussionsrunde für Fragen aus dem Publikum eröffnet wurde, war man mit dem Beitrag von Herbert Schröger von den „Löwen gegen Rechts" (LfgR) tatsächlich in der Gegenwart angekommen. Neben dem Dank aus Fansicht berichtete er kurz, wie es heute ist. Als extrem unangenehm empfindet er es, dass er im Block neben Löwen anfeuern muss, die bei Demonstrationen der NPD und der Kameradschaften in der ersten Reihe stehen. „Noch schlimmer ist, dass diese Fans glauben, sie sind bei Sechzig in einer Gesellschaft, die solche Gesinnungen duldet", befindet Schröger und macht damit das erklärte Ziel der „Löwen gegen



Rechts" deutlich: Wir wehren uns! Ein erster Schritt in diese Richtung soll in die Vereinssatzung, so beschloss es der Fanrat, ein Antidiskriminierungs-Paragraph aufgenommen werden, der es ermöglicht, feindlich Gesinnten Stadionverbot aufzuerlegen.

Stoffers findet das förderungswürdig: „Standhaft sind sie! Die Löwen gegen Rechts entziehen solchen Leuten auf diese Weise den Nährboden. Wir wollen keine braunen Gedanken dulden, aber auch nicht mit ähnlichen Parolen kämpfen." Bereits vor einiger Zeit wurde auf Initiative der LfgR die Hausordnung der Arena erweitert und verboten, „Kleidung, Fahnen, Transparente, Aufnäher und ähnliches mitzuführen oder zu tragen, deren Aufschrift geeignet ist, Personen aufgrund ihrer/ihres Hautfarbe, Religion, Herkunft, Geschlechts oder sexuellen Orientierung zu diffamieren ..."

Unter den etwa 100 Gästen waren zum Beispiel Eberhard Schulz, Mitglied des Kuratoriums der Evangelischen Versöh-

nungskirche Dachau und Maurice Schreibmann, Vereinsmanager vom TSV Maccabi München. Zum Abschluss des Abends gab Manfred Stoffers einen Ausblick in die Zukunft und griff zu einem einleuchtenden Vergleich: „Das ist wie mit einem Familienfoto. Die mögen mich nicht. Aber ich bin trotzdem mit drauf. Genauso ist es mit diesem Teil der Geschichte.“ Er ist nicht weg zu denken, deshalb würde Stoffers „gelebte Toleranz“ in jeglicher Hinsicht auf das Thema Diskriminierung begrüßen. Was auf dem Platz von der „Multi-Kulti Mannschaft“ vorgelebt wird, sollte auch auf den Rängen möglich sein, appellierte er an das „Gewissen“.

„Das Ziel muss Gewissensbildung sein.“

Mit diesen Worten leitete Sechzigs Geschäftsführer zum koscheren Büffet und gemütlichen Ausklang der Veranstaltung über. Eine Woche nach dieser Veranstaltung, gab der Deutsche Fußball Bund (DFB) bekannt, dass die Initiative „Löwen Fans gegen Rechts“ den Julius-Hirsch-Preis 2009 erhält. Damit wird das jahrelange Engagement gegen rechtsextreme Sprüche und Aktivisten in der Fankurve des TSV 1860 München und weitere Aktivitäten der Initiative gewürdigt.

„Sie haben sich in den zurückliegenden Jahren in ganz besonderer Weise gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und für Zivilcourage eingesetzt. Beispielhaft standen dabei Aktionen und Initiativen wie die Beteiligung an den FARE-Aktionswochen sowie die Unterstützung der Ausstellung ‚Tatort Stadion‘ wie auch der Euro-Games – ein wichtiges Zeichen gegen Homophobie im Fußball“ schreibt der DFB zu Begründung. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und wird am 9. September im Rahmen des Länderspieles gegen Aserbaidschan in Hannover verliehen.

Der Präsident des TSV 1860 München, Rainer Beeck, würdigte das Engagement der „Löwenfans gegen rechts“ ebenfalls. In einer Mitteilung heißt es: „Wir sind unglaublich stolz, ... so couragierte Fans und Anhänger in unseren Reihen zu wissen“.

Der Julius-Hirsch-Preis erinnert an den deutsch-jüdischen Fußball-Nationalspieler Julius Hirsch (1892-1943) der in Auschwitz ermordet wurde. Der DFB gedenkt so seiner jüdischen Mitglieder und wendet sich damit auch einem düsteren Kapitel der Verbandsgeschichte zu. Auf Grund eines DFB-Dekrets im April 1933 mussten die jüdischen und kommunistischen Mitglieder ihre Vereine verlassen. Doch der Preis soll nicht nur an die Opfer erinnern. Er soll auch als Aufforderung und öffentliches Zeichen verstanden werden sich in der Gegenwart zu engagieren.

ror ■



Buch: Die Löwen unterm Hakenkreuz. Der TSV München von 1860 im Nationalsozialismus. Verlag die Werkstatt Göttingen. ISBN 978-3-89533-6454. www.loewenfans-gegen-rechts.com



Die nunmehr vierte Ausgabe des antifaschistischen Recherche-Magazins Fight. Back ist erschienen. Sie setzt sich, wie in den ersten drei Ausgaben auch, mit den Strukturen und Aktivitäten der Berliner – und teils Brandenburger – Neonaziszene auseinander und benennt Strukturen und Akteure. Ein ausführlicher Beitrag thematisiert erstmals auch die Strukturen und Akteure in Marzahn-Hellersdorf.

Zu bekommen ist die Fight.Back 04 kostenlos in jedem gut sortierten Infoladen und linken Buchladen und an anderen einschlägigen Orten. Die Download-Version gibt es unter:

http://www.inforiot.de/artikel/fight-back-nr-4-erschienen

Der Analyse-Teil wurde stark ausgebaut und so finden sich in dieser Fight.Back Artikel zum Umgang der Neonaziszene mit der Staatsmacht, Knast und Justiz, zur Nutzung interaktiver Webangebote und zum Ausstieg aus der Szene. Da sich viele Strukturen nicht nur in einem Stadtteil verorten lassen, haben wir die wichtigsten Milieus und Zusammenhänge mit eigenen Artikeln bedacht. So z.B. das spezifische Agieren neonazistischer Frauen(-organisationen), die VerschwörungstheoretikerInnen um die sog. „Reichsbürger“ und einige Kameradschafts-Zusammenhänge. Auch dabei sind Artikel zu Berliner Burschenschaften und der kürzlich verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). Abgerundet wird die Ausgabe durch ein Interview mit zwei aktiven Antifas über konkrete antifaschistische Strategien und Praxis.

Die Fight.Back ist ein Fachblatt für die antifaschistische Praxis. Sie richtet sich an alle, die sich mit den Erscheinungsformen der extremen Rechten in Berlin aktionistisch, wissenschaftlich, beruflich und journalistisch auseinandersetzen. Das Wissen um die Ideologie der Neonazis ist Grundvoraussetzung des antifaschistischen Widerstands. Die Kenntnis ihrer Akteure, ihrer Organisationen und ihrer Infrastruktur bietet darüber hinaus konkrete Ansatzpunkte der aktiven Bekämpfung. Dazu will die Fight.Back einen Beitrag leisten. ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minus-kel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Jetzt muss Europa deutsch werden!

Junge Freiheit Nr. 34/09 vom 14.8.2009

Das Blatt setzt einen neuen (alten) Akzent in der Europadiskussion der Rechtsextremen. An die Stelle des Europas der Vaterländer soll nun Europa wieder am deutschen Geist genesen – selbstverständlich nicht wörtlich. Im Blatt liest sich das wie folgt: „Für Europa geht es freilich nicht nur um die Demokratie, sondern um den Bestand seiner gesamten geschichtlichen und kulturellen Überlieferungen auf dem eigenen Territorium. Ein europäischer Protektionismus dürfte sich daher nicht nur auf die Wirtschaft beziehen. Auch im Politischen und Moralischen müsste die Freihandelslogik zurückgeschnitten werden. Vor allem müsste Europa seinen menschenrechtlichen Universalismus aufgeben. Als westlich-europäischer Expansionsanspruch hat er sich … ohnehin erledigt, dafür gibt er raumfremden Kulturen und Religionen politisches, moralisches und juristisches Erpressungspotenzial in die Hand. Man braucht auch einen menschenrechtlichen Protektionismus … Dazu müsste das politische Europa auf eine neue historische und geistig-kulturelle Grundlage gestellt werden … Ein auf neuer politischer und geistiger Grundlage gegründetes Europa, das seine Kultur- und Lebensform für schützenswert hält und sich als wehrhaft erweist, würde auch überproportionale Nettozahlungen aus Deutschland rechtfertigen. Man darf sich in diesem Punkt nicht auf die finanzpolitische Betrachtungsweise beschränken."

Pro Köln gibt sechsstelligen Betrag für Wahlkampf aus

Junge Freiheit Nr. 36/09 vom 28.8.2009

Unter dem Titel „Die Schattenwahl" berichtet das Blatt vor der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen: „Ungewiss ist das Abschneiden der Bürgerbewegung Pro NRW, die in zahlreichen Städten und Gemeinden auf dem Stimmzettel steht und im nächsten Jahr zur Landtagswahl antreten will … Mit ihrem Kampf gegen den Bau einer Großmoschee im Stadtteil Ehrenfeld … hat die Bürgbewegung über Köln hinaus für Aufmerksamkeit gesorgt. Nicht zuletzt deswegen rechnet Pro-Köln-Chef Markus Beisicht fest mit einem Wiedereinzug in den Stadtrat. ... Hierfür hat die Partei tief in die Tasche gegriffen. Eine sechsstellige Summe hat sie sich nach eigenen Angaben allen den Wahlkampf in Köln kosten lassen." In wessen Tasche pro braun gegriffen hat, berichtet das Blatt nicht. Über die Finanziers der angeblichen Bürgerbewegung ist wenig bekannt.

„Der Linksruck"

Junge Freiheit Nr. 37/09 vom 4.9.2009

Als ein zu fürchtendes Ergebnis der Landtagswahlen am 30. August betrachtet das Blatt die Möglichkeit der Regierungsbeteiligung der Linkspartei. Die Verluste der NPD in Sachsen und im Saarland sowie den Nichteinzug in den thüringischen Landtag kommentiert das Blatt: „Die NPD hat, begleitet von Richtungskämpfen, Finanzkrise, schleichender Radikalisierung und hartnäckiger NS-Nostalgie, ihren Zenit überschritten."

Stattdessen wird nun Pro Köln bzw. Pro NRW wieder interessant für das Blatt: „Die rechtspopulistische Bürgerbewegung Pro NRW erzielte bei der Ratswahl in ihrer Hochburg Köln 5,4 Prozent und errang damit fünf Mandate. In Leverkusen kam sie auf vier Prozent (drei Mandate), je ein Mandat wurde in Bonn, im Oberbergischen Kreis sowie im Rheinisch-Bergischen Kreis erzielt. Es sei gelungen, „sich parlamentarisch zu verankern und ein rechtsdemokratisches Gegenmodell zu etablieren", freute sich der Pressesprecher Markus Wiener. Mit je drei Sitzen ist Pro NRW in Bergheim und Gelsenkirchen vertreten, je zwei Abgeordnete kann die Gruppierung in die Vertretungen von Dormagen und Radevormwald entsenden." In dieser Ausgabe erscheint eine ganzseitige Anzeige von „Pro Deutschland", in der die Partei unter der Überschrift „Erst Chemnitz, Heilbronn, Köln … und jetzt Berlin" für eine Mitgliedschaft wirbt und ankündigt, 2011 bei der Landtagswahl in Berlin antreten zu wollen: „Der Stadt-Staat bietet für den Durchbruch einer patriotischen Kraft bei einer Landtagswahl ideale Voraussetzungen. Ab sofort bleiben etwas mehr als eineinhalb Jahre Zeit für den Ausbau eines personell und organisatorisch wahlkampffähigen Landesverbandes der Bürgerbewegung pro Deutschland, die in Berlin bereits jetzt über eine gute Kernmannschaft und etwas mehr als 4.000 Unterstützer-Haushalte verfügt."

Auch Pro NRW hat inzwischen die Wahlteilnahme für die Landtagswahlen in NRW im Mai kommenden Jahres angekündigt. *uld* ■

Rechte Konkurrenzen bei der Bundestagswahl

Die NPD tritt zur Bundestagswahl in allen 16 Bundesländern an. Die DVU versucht es in 12 Bundesländern, die Republikaner bringen es auf 11 Kandidaturen. Die DVU wird in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, dem Saarland und Thüringen nicht antreten. Die Republikaner fehlen auf den Wahlzetteln in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg, des weiteren in Sachsen-Anhalt und im Saarland.

NPD-Vorsitzender Voigt ist Spitzenkandidat der Partei in Berlin, Jürgen Rieger in Hamburg. Riegers Konkurrent wird der DVU-Vorsitzende Faust sein, der auf Platz 1 in Hamburg antritt und inzwischen auch die DVU-Zentrale nach Hamburg verlegt hat.

Bei einem Treffen zum sog. Dienstagsgespräch in Berlin trafen Voigt und Faust am 1.9. aufeinander. Faust resümiert das Ergebnis so: „Ich stelle mir die Frage, wie lange sich die Rechte noch ein Gegeneinander leisten kann und will. ... Der Paktbruch und ein ‚Weiter so' gleicht einer unterlassenen Hilfeleistung an seinem eigenen Volk. Bei der gestrigen Diskussionsrunde haben die Aussagen des NPD-Parteivorsitzenden leider gezeigt, dass es ihm offenbar nicht mehr um die Zukunft unseres Landes und Volkes geht, sondern lediglich um die Forcierung seiner Partei als Alleinvertretung der Rechten in Deutschland. Ein erneutes Angebot von meiner Seite zur letztendlichen Gründung einer gemeinsamen Rechtspartei wurde von ihm klar ausgeschlagen. ... Die DVU hält weiterhin ein Bündnis für notwendig. Dazu müssen aber alle Seiten kompromissfähig sein..."

u.b. - Quelle: website DVU ■